

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

## «Europa – welche Zukunft wollen wir?»

XXIX. Kongress «Mut zur Ethik» vom 2.–4. September 2022

von Eva-Maria Föllmer-Müller, Schweiz

Vom 2.–4. September 2022 trafen sich rund 150 Teilnehmer und mehr als 20 Referenten aus Europa, Afrika, Asien und den USA zum diesjährigen Kongress «Mut zur Ethik» im schweizerischen Thurgau. Eingeladen hatte die Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik». Seit 1993 kommen einmal im Jahr Gäste aus verschiedenen europäischen Ländern und zahlreiche Referenten zusammen, um während dreier Tage im gleichwertigen Dialog brennende Fragen der Zeit miteinander zu diskutieren. Wie schon im vergangenen Jahr wurden die Gespräche wieder im Hybrid-Format geführt, so dass neben den Anwesenden auch Referenten und Teilnehmer aus verschiedenen Ländern zugeschaltet werden konnten.

Am Beginn des Kongresses stand das Gedenken an Bischof Dr. Elmar Fischer aus Feldkirch im österreichischen Vorarlberg, der im Januar des Jahres im Alter von 85 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben war. Elmar Fischer war Ehrenmitglied der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» und hatte keinen Kongress ausgelassen. Sie waren ihm ein Herzensanliegen. Er hat es verstanden, seine Kernthemen Ehe und Familie, Jugend, Liebe, menschliche Bildung, Menschsein mit Blick auf das Weltgeschehen und christliche Glaubensinhalte fruchtbar zu verbinden.

### Auf die eigene Substanz besinnen

Das Thema des diesjährigen Kongresses war: «Europa – welche Zukunft wollen wir?»

Mit Europa war dabei nicht die EU gemeint und mit der Frage nicht etwa die nach einer Wunschliste. Der Themenwahl lag die Überlegung zu Grunde, dass die Völker und Staaten Europas einen eigenen Weg in der Weltpolitik finden müssen, nicht zuletzt, weil die jahrzehntelange, zu enge Bindung an die Politik der USA mittlerweile die Existenz Europas gefährdet. Die Staaten und Völker Europas müssen sich auf ihre eigene Substanz besinnen.

Im Juni dieses Jahres war in «Zeit-Fragen» zu lesen: «Der Weg hin zu einem eigenständigen Europa, einem Europa, das sich auf seine geschichtlichen Wurzeln, auf seine mitmenschlich orientierte kulturelle und staatspolitische Substanz besinnt und so zum Frieden in Europa beiträgt, wird nicht einfach sein. Zu dieser Substanz gehören sicherlich Christentum, Humanismus und Aufklärung. Kultur heisst aber immer auch Kulturrecht. Europa hat immer dann Fortschritte gemacht, wenn es seine Türen für andere Kulturkreise und deren Errungenschaften zum Wohl der Menschen geöffnet hat, also weltoffen war. Der Austausch, der Dialog der Kulturen ist unverzichtbar.» Dementsprechend waren auch dieses Jahr wieder Referenten aus aussereuropäischen Kulturkreisen eingeladen worden.

### Menschenverachtende Hasstiraden gegen Russland

Seit dem 24. Februar 2022, so die den Kongress einführenden Worte, tobt ein Informations- und Propagandakrieg, der in seiner Heftigkeit bislang einzigartig ist – ein Umstand, der auch von altgedienten, renommierten Investigativjournalisten wie dem Australier John Pilger konsterniert angemerkt wird. Die Medienwalze, die jeden Tag, auch schon vor dem 24. Februar, über uns im Westen hinwegfegt, erinnert an totalitäre Systeme und ist völlig menschenverachtend. Dieser radikale Ausbruch von Hasstiraden gegen Russland, seinen Präsidenten, die Verfolgung russischer Staatsbürger im europäischen Aus-



(Screenshot/Inze)

«Menschen sind fähig, mit ihrer Vernunft und ihrem Mitgefühl die notwendigen Grundorientierungen eines sittlichen und politischen Handelns zu erkennen und mitmenschlich zu denken, zu fühlen und zu handeln. Dies ist dem Menschen als Disposition gleichsam ins Herz geschrieben.»

land – einschliesslich russischer Kulturschaffender – wurde über Jahre hinweg vorbereitet. Nachdem die USA und ihre Verbündeten das Völkerrecht, so wie es in der Charta der Vereinten Nationen grundgelegt ist, durch zahlreiche Völkerrechtsbrüche und ihr Verhalten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen praktisch ausgehöhlt haben, versuchen sie, der Welt ihre Regeln aufzuzwingen. Sie nennen es «rules based order» oder «rules based international order» und wollen damit verschleiern, dass die Regeln von der Macht festgelegt werden, die noch immer an ihr «Manifest Destiny» glaubt. Was für eine Hybris! Und wir gehorchen einfach so?

### Blick über den europäischen Tellerrand hinaus

Blickt man über den europäischen Tellerrand hinaus, zeigt sich folgendes Bild: Viele Länder haben Kriegs- und Krisensituationen durch den kolonialen und neoimperialen Zangengriff am eigenen Leib erfahren und erfahren ihn auch heute noch. Sie lassen sich nicht so leicht beeindrucken von dem «westlichen Getue», sind sogar angewidert davon. Den westlichen «Charme-Offensiven», die alleine dazu dienen, auch diese Länder zur Kriegspartei zu machen, begegnen sie mit selbstbewussten, höflichen Absagen. Sie haben aus der Vergangenheit gelernt und Konsequenzen gezogen: Sie gehen ihren eigenen Weg und leisten Enormes beim Aufbau ihrer Länder und eines neuen, gleichberechtigten Weges in der internationalen Zusammenarbeit. Wir könnten von ihnen einiges lernen.

### Was ist los mit der westlichen Welt?

Die Frage ist, was mit uns in Europa, man könnte auch sagen mit der westlichen Welt, eigentlich los ist. Wissen wir, in welcher Lage wir sind? Aus Deutschland ist bekannt, dass mehr und mehr Menschen das Land verlassen, weil sie es nicht mehr ertragen. Viele mittelständische Unternehmen wandern ab, weil sie im Land keine Zukunft mehr sehen. Wie kommen unsere Regierungseliten dazu, einen solch selbstmörderischen Weg einzuschlagen? Unser reichhaltiges Erbe von 2500 Jahren so in den Wind zu schlagen?

Die Schweiz ist dem Druck gewichen und hat mit ihrer immerwährenden bewaffneten Neutralität gebrochen, und das sehr schnell.

Es sind nur wenige Intellektuelle, die mit ihren erworbenen geistigen Gaben kritisch und logisch denkend in der öffentlichen Auseinandersetzung Position beziehen.

«Die Ära der unipolaren Welt gehört der Vergangenheit an», sagte Wladimir Putin in seiner Rede anlässlich der «10. Internationalen Moskauer Sicherheitskonferenz» vom 15.–17. August 2022, an der 700 Delegierte aus 70 Ländern teilgenommen haben. Dabei versuchten, so Putin, die «westlichen globalistischen Eliten [...] mit allen Mitteln, die Hegemonie, die Macht, die ihnen aus den Händen gleitet, zu bewahren, indem sie versuchen, Länder und Völker in der de facto neokolonialen Ordnung zu halten. Ihre Hegemonie bedeutet den neoliberalen Totalitarismus, Stagnation für die ganze Welt und für alle Zivilisation, Obskurantismus und Abschaffung der Kultur.»

Derzeit wird in unseren westlichen Ländern in rasendem Tempo mit zahlreichen, Jahrzehnte und teilweise Jahrhunderte bewährten Institutionen (Neutralität), bewährten Traditionen gebrochen. Über viele Jahre entwickelte Beziehungen (Völkerverständigung) wurden und werden einfach abgebrochen. Dialog, Vernunft und gesunder Menschenverstand bleiben auf der Strecke. In den internationalen Beziehungen hat der Westen den letzten Rest Anstand verloren. Der geopolitische Machtkampf im Übergang von der unipolaren zur multipolaren Welt ist heftig und betrifft alle Lebensbereiche. Wir leben im Krieg – nicht erst seit dem 24. Februar.

### Auch eine Geschichte der Überwindung von Unrecht und Gewalt

Die Einführung erinnerte abschliessend daran, was der Kongress «Mut zur Ethik» im Jahr 2015, also vor sieben Jahren, in Sorge um ein Leben in politischer Freiheit, kultureller Vielfalt und rechtsstaatlicher Demokratie in unserem Manifest «Wir wollen ein Europa des Friedens und des Rechts» festgehalten hatte:

«Die Geschichte Europas ist eine Geschichte des Unrechts und der Gewalt, aber auch eine Geschichte ihrer Überwindung aus eigener moralischer Einsicht und politischer Kraft. Die christlich-humanistische abendländische Tradition hat tragfähige Grundlagen für Rechtsgleichheit, Humanität und Anerkennung der Menschenwürde entwickelt.

### «Mut zur Ethik»



Seit 1993 veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» jedes Jahr einen Kongress mit Wissenschaftlern und Experten aus verschiedenen Disziplinen und Ländern. Mit den Kongressen und durch den kontinuierlichen Austausch während des Jahres wurde inzwischen ein Verbund geschaffen, der Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt miteinander in einem fruchtbaren, konstruktiven Dialog verbindet und aus dem immer wieder auch konkrete Projekte und Aktivitäten hervorgehen.

Immer wenn diese Grundlagen geschichtsmächtig geworden sind, wurde das Zusammenleben der Menschen und Völker friedlicher, gerechter und sicherer.»

### Rechtsentwicklung

Und weiter:

«Europa ist geprägt durch eine reiche Vielfalt von Kulturen und Nationen auf kleinem Raum, von Kreta bis zum Nordkap, von Lissabon bis Jekaterinburg. Menschen in ganz Europa haben in mehr als 2500 Jahren in allen Bereichen vieles hierzu beigetragen. Für das Zusammenleben in Frieden und Freiheit war die Rechtsentwicklung hin zu immer mehr Gerechtigkeit von grundlegender Bedeutung für Europa und die Welt.»

### Treu und Glauben

Die Kongressteilnehmer stellten auch fest:

«Treu und Glauben müssen wieder Grundlage allen menschlichen Zusammenlebens und politischen Handelns sein. Ohne dieses Prinzip gibt es kein Vertrauen in Verträge innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten, und der Willkür ist Tür und Tor geöffnet. Steuerungsmechanismen («Governance») und Manipulationstechniken aller Art, die durch den Missbrauch psychologischer Methoden Menschen ohne vollständige und offene Information beeinflussen wollen, rauben dem Bürger die Möglichkeit der unabhängigen Meinungsbildung. Sie verletzen dadurch die Würde der Person und zerstören die Grundlage des politischen Dialogs und der Rechtsordnung.»

### Vernunft und menschliches Mitgefühl

Demgegenüber gelte:

«Menschen sind fähig, mit ihrer Vernunft und ihrem Mitgefühl die notwendigen Grundorientierungen eines sittlichen und politischen Handelns zu erkennen und mitmenschlich zu denken, zu fühlen und zu handeln. Dies ist dem Menschen als Disposition gleichsam ins Herz geschrieben. Von Vernunft und Gewissen geleitet, sind diese Orientierungen dazu bestimmt, die Gesamtheit der sittlichen, rechtlichen und politischen Festlegungen, die das Leben des Menschen und der Gesellschaft leiten, grundzulegen. Sie garantieren die Würde der menschlichen Person angesichts vorübergehender Ideologien.»

Auf den folgenden drei Seiten veröffentlichen wir eine erste Auswahl von Kongressbeiträgen. Weitere Beiträge werden in folgenden Ausgaben von Zeit-Fragen publiziert. •

# Denk ich an Europa in der Nacht ...

von Karin Leukefeld, Damaskus/Bonn\*



ef. Die freie Journalistin Karin Leukefeld pendelt seit Beginn des Krieges 2011 zwischen Damaskus, Beirut und anderen Orten in der arabischen Welt und ihrem Wohnort Bonn. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, u. a.: «Syrien zwischen Schatten und Licht – Geschichte und Geschichten von 1916–2016. Menschen erzählen von ihrem zerrissenen Land» (2016, Rotpunkt Verlag Zürich); «Flächenbrand Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat» (2015, 3. überarbeitete Auflage 2017, PapyRossa Verlag Köln). In Kürze erscheint von ihr im selben Verlag «Im Auge des Orkans: Syrien, der Nahe Osten und die Entstehung einer neuen Weltordnung».

Danke für die Einladung, hier zu sprechen.

Ich melde mich aus Syrien, aus einer anderen Welt. Vor wenigen Stunden bin ich von einer mehrtägigen Fahrt durch die Provinzen Hama, Idlib und Aleppo zurückgekommen und möchte darüber kurz berichten.

## Morek

In Morek, einem kleinen Ort in der Provinz Idlib, wurde ich über den Stand der diesjährigen Pistazienerte informiert. Morek ist das Zentrum des Anbaus von «Fistiq Halabi», den Aleppo-Pistazien.

Es fehlt an Regen, die Kosten des Anbaus sind wegen der Sanktionen massiv gestiegen. Dünger kann nicht importiert werden, weil man daraus auch Sprengstoff machen könnte und weil Syrien keine Devisen hat, die es braucht, um auf dem Weltmarkt einzukaufen. Der Transport ist teuer, weil es kaum Diesel gibt. Die nationalen Ölressourcen Syriens im Nordosten sind von US-Truppen besetzt, die inzwischen fast täglich in Konvois das Öl aus dem Land in den Irak bringen. Sie stehlen das Öl, das Syrien gehört, sie plündern die syrischen Ressourcen. Der Verlust wurde kürzlich vom syrischen Außenministerium mit 107,1 Milliarden US-Dollar angegeben.

Sanktionen, Besatzung, das US-Caesar-Gesetz haben einen Ring von Verboten um Syrien gelegt, der dem Land die Luft abschnürt. Ergebnis ist der Mangel wichtiger Ressourcen. Mangel treibt die Preise in die Höhe und fördert Korruption. Die Menschen zahlen den Preis. Sie arbeiten an zwei oder mehr Arbeitsstellen, und es gelingt ihnen dennoch kaum, sich und ihre Familie zu ernähren.

Inflation und Preisanstieg machen das Leben so teuer, dass die Menschen es sich nicht mehr leisten können.

Vielleicht erinnern Sie sich, bei einem meiner Vorträge zeigte ich Bilder von den Pistazienbauern, die ich erstmals vor zwei Jahren, im September 2020 traf. Sie haben geweint, als sie mir ihre erste Ernte nach acht Jahren Krieg präsentierten.

Zwei Brüder, Jasser Kazem und sein jüngerer Bruder Mohammad, gaben mir einen Appell mit auf den Weg. Sie wollten den Leuten in Europa und insbesondere in Deutschland etwas sagen: «Bitte tun Sie etwas, damit die europäischen Sanktionen gegen Syrien aufgehoben werden. Diese Bestrafung schadet den Leuten, nicht der Regierung. Alle Syrer müssen darunter leiden. Wir wollen leben und arbeiten, unsere Häuser wieder aufbauen. Helfen Sie, damit die Sanktionen aufgehoben werden.»

Während Mohammad Kazem sprach, wurde sein Bruder Jasser still und stützte seinen Kopf in die Hände. Als er wieder aufblickte, standen ihm Tränen in den Augen.



Ein Schornstein raucht wieder im Kraftwerk von Aleppo. (Bild Karin Leukefeld)

In ihrer Not wandten diese Menschen sich – wie so viele meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner in den letzten 11 Jahren in Syrien – an «die Leute in Europa und insbesondere an Deutschland».

Nichts ist geschehen. Deutschland und Europa sind nicht bereit, die einseitigen wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, wie die Sanktionen offiziell genannt werden, gegen Syrien aufzuheben.

Im Gegenteil. Bei der sogenannten «Gegerkonferenz der EU Mitte Mai 2022» unter dem Titel «Die Zukunft von Syrien und der Region unterstützen», sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell zwar, man dürfe «Syrien nicht vergessen». Doch bereits zuvor hatte Borrell wiederholt klargemacht, dass die EU an ihren «drei Neins» gegenüber Syrien festhalten werde, bis eine «politische Lösung entsprechend der UN-Sicherheitsratsresolution 2254 fest im Gange» sei. Die «drei Neins» bedeuten: keine Wiederaufnahme von Beziehungen mit Syrien, keine Hilfe für den Wiederaufbau und keine Aufhebung der Sanktionen.

Das ist ein Schlag ins Gesicht der Pistazienbauern und aller Syrer, die ihr Land wieder aufbauen wollen und es nicht können, weil die EU und die USA das mit ihren «einseitigen wirtschaftlichen Strafmassnahmen» verhindern.

## Aleppo

Östlich von Aleppo besuchte ich gestern das grösste Elektrizitätswerk Syriens, das – von Oktober 2015 bis Februar 2016 – von Kämpfern des Islamischen Staates besetzt war. Tanklager wurden abgebrannt, Turbinen und Schaltzentralen zerstört.

Die Anlage war 1994 gebaut worden und 1997 in Betrieb gegangen. Der Manager der Anlage bezifferte im Gespräch die Kosten der Zerstörungen auf 123 450 000 Euro. Sechs Jahre lang konnte das Elektrizitätswerk nicht repariert und wieder in Betrieb genommen werden, weil fast alles, was an Ersatzteilen gebraucht wurde, aus dem Ausland gebracht werden musste. Das wurde und wird weiterhin von Sanktionen der EU und den USA verhindert.

«Niemand hat uns geholfen», sagte der Manager. Kein Staat, keine Regierung, keine internationale Hilfsorganisation.

Dennoch gelang es jetzt, eine der fünf Turbinen wieder in Betrieb zu nehmen. Der Ma-

nager der Anlage zeigte mir die Zerstörungen und wie die Reparaturen vorgenommen werden. «Freunde» würden bei den Reparaturen helfen, die Ersatzteile seien durch viele Länder gereist, bis sie die Sanktionen irgendwie umschiffen hätten und in Syrien angekommen seien.

Ich konnte mit einigen der Techniker sprechen, die für die Kontrolle und Steuerung der wiederhergestellten fünften Turbine zuständig sind. «Wir hier gehören alle zur Generation der ersten Stunde dieser Anlage», sagte der Manager. Das Elektrizitätswerk war 1994 gebaut worden und 1997 in Betrieb gegangen. Einige hätten in den fast 30 Jahren graue Haare bekommen, einige hätten gar keine Haare mehr, meinte er, und alle lachten.

«Wir sind so stolz, hier wieder arbeiten zu können und dabei zu helfen, Strom zu den Menschen zu bringen», sagte einer der Techniker. Alle strahlten, auf einem der Arbeitsplätze lagen Jasminblüten.

«Wir haben nichts gegen die Deutschen oder die Menschen in Europa», sagte der Manager zum Abschied. «Aber wir sehen, dass die Regierungen dort alles tun, um uns zu schaden.»

## Der Abend

Als Korrespondentin bin ich in dieser Region seit mehr als 20 Jahren unterwegs.

Oft wird es spät. Besonders in der heissen Jahreszeit mit bis zu 45 Grad trifft man Leute erst am Abend oder auch nachts. Am Mittwochabend war ich in Aleppo im Gespräch mit einem unabhängigen Politiker, Mitglied des Stadtrates von Aleppo, als es plötzlich zwei Mal hintereinander laut krachte und das Haus leicht wackelte.

Automatisch schaute ich auf die Uhr und dachte, ein Angriff? Es war 20 Uhr, das Gespräch ging weiter. Wenig später erfuhren wir, dass die israelische Luftwaffe den Flughafen von Aleppo angegriffen hatte. Kurz darauf schlugen auch Raketen am Flughafen von Damaskus ein, wie den syrischen Nachrichten zu entnehmen war. In den europäischen Medien ist es eine Randnotiz. Im UN-Sicherheitsrat sind die anhaltenden, nicht provozierten Angriffe Israels auf Syrien keine Diskussion wert.

Syrien wirkt in den offiziellen Medien und in der Politik vergessen. Das wird mir besonders abends und nachts deutlich, wenn ich meine tägliche Arbeit reflektiere. Meine No-



Im Kraftwerk von Aleppo wurden alle fünf Turbinen von ISIL zerstört. Nun werden sie in Handarbeit repariert. Turbine 5 konnte im Sommer 2022 wieder in Betrieb genommen werden. (Bild Karin Leukefeld)

tizen lese, meine Aufnahmen anhöre, wenn ich mir die Fotos ansehe, die ich bei Gesprächen tagsüber gemacht habe.

Ich sortiere. Dazu gehört auch, Presseerklärungen westlicher und anderer Politiker zu prüfen – insbesondere mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten. Erklärungen der Außenministerien zumindest zu überfliegen, prüfen, was im UN-Sicherheitsrat geplant ist, was diskutiert wurde. Stellungnahmen von UN-Botschaftern müssen zumindest überflogen werden.

Sortiert werden müssen auch deutsche und englischsprachige Medien im Internet.

Womit beschäftigen sich die Medien? Was ist Thema? Thema ist der Krieg in der Ukraine. Genauer gesagt, «Russlands Angriffskrieg». Die Nachrichten sind sichtlich bemüht, diesen Begriff, dieses «Framing», so oft wie möglich in den Meldungen zu plazieren.

Der Ukraine-Krieg hat auch in den Äusserungen von Politikern und Politikerinnen Vorrang: *Analena Baerbock* bezeichnete «russische Pipelines als Waffen in einem hybriden Krieg». Bei einer anderen Gelegenheit sagte sie, Russland müsse strategisch scheitern, egal, was ihre Wähler denken würden.

Die Redenschreiber von *Olaf Scholz* benutzten für dessen Rede an der *Karls-Universität* in Prag kürzlich ein geflügeltes Wort vieler Protestbewegungen: Wann, wenn nicht jetzt, wer, wenn nicht wir – sang *Rio Reiser* 1987. Es wurde Slogan der Friedensbewegung in Deutschland, und zuletzt haben auch Klima-Aktivistinnen der «Fridays for Future» diesen Slogan auf ihre Transparente geschrieben.

Olaf Scholz benutzte diesen Aufruf vieler Protestbewegungen, um eine militaristische Perspektive zu verkünden. Er sagt: «Wann, wenn nicht jetzt, schaffen wir ein souveränes Europa, das sich in einer multipolaren Welt behaupten kann? Und wer, wenn nicht wir, könnte Europas Werte schützen und verteidigen, im Innern wie nach aussen? Europa ist unsere Zukunft, und diese Zukunft liegt in unseren Händen.»

Josep Borrell, EU-Außenbeauftragter, berichtete vor wenigen Tagen vor Journalisten von einer Sitzung der EU-Außenminister. Auch da ging es um die Ukraine, Waffenlieferungen, Unterstützung und Ausbildung ukrainischer Soldaten waren das Thema. Natürlich sei «die Nato Teil der Diskussion», so Borrell. «Unsere politische Einigkeit ist felsenfest.» EU und Nato hätten «vom ersten Tag der russischen Invasion an zusammengestanden». Die «transatlantische Einigkeit» sei das «wichtigste Kapital». Zusammen mit Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* unterstütze er, Borrell, eine Erhöhung von Verteidigungsausgaben. Die «Verteidigungsindustrie» werde ihre Kapazitäten steigern müssen, um die europäischen Armeen zu versorgen.

Im Englischen gibt es den Begriff «Beleidigung für den Verstand». Wenn Nachrichten und Politiker die Zuhörer oder Zuschauer für dumm verkaufen, bezeichnet man das als «insult for intelligence», eine Beleidigung für den Verstand.

Wenn es nur das wäre.

Diesen Politikern und Politikerinnen der EU, im transatlantischen Bündnis mit der Nato, geht es in Wort und in Tat um Krieg. Konzernmedien applaudieren.

Sie haben Europa, einen ganzen Kontinent zur Geisel genommen, für eine Politik der Dominanz, die in und mit Washington entworfen wurde.

In Ländern wie Syrien oder Libanon versteht man das besser als in den europäischen Staaten. «Wir haben nichts gegen die Deutschen oder die Menschen in Europa», sagte der Manager des Elektrizitätswerks von Aleppo. «Aber wir sehen, dass die Regierungen dort alles tun, um uns zu schaden.»

Dieser Unterschied ist wichtig.

Die Europäische Kommission und die Institutionen der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Machtzentren, die transatlantische Dominanz erzwingen wollen, bedeuten Krieg.

Das Europa der Nationen und seiner Menschen hat eine Chance auf gute Entwicklung. ●

\* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Europa – welche Zukunft wollen wir?») vom 2.–4. September 2022

# Konsequenzen des Ukraine-Kriegs für Europa und die USA

von William Scott Ritter, USA\*



Scott Ritter ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, der in seiner mehr als 20jährigen Laufbahn unter anderem in der ehemaligen Sowjetunion bei der Umsetzung von Rüstungskontrollabkommen, im Stab von US-General Norman Schwarzkopf während des Golf-Kriegs und später als Chefwaffeninspektor der Uno im Irak von 1991–1998 tätig war.

Es ist mir eine Ehre und ein Privileg, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Der preussische Militärstrategen Clausewitz hat gesagt: «Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.» Und der Grund, warum ich das erwähne, ist, dass wir, wenn wir über den Konflikt in der Ukraine sprechen, verstehen müssen, dass dies viel mehr als nur ein militärischer Konflikt ist. Es geht um viel mehr als nur darum, dass sich die russische Armee gegen das ukrainische Militär aufgestellt hat.

Die Folgen dieses Konflikts für Europa und die Vereinigten Staaten hängen vom Ausgang dieses Krieges, dieses Kampfes ab. Lassen Sie mich kurz auf den Punkt kommen. Russland ist dabei zu gewinnen, und Russland wird den militärischen Konflikt gewinnen. Es gibt nichts, was die Nato oder die Vereinigten Staaten tun können, um dieses Ergebnis zu verhindern. Sie können den Prozess verlangsamen, sie können die menschlichen Kosten für die Ukraine und Russland erhöhen, aber sie werden das Ergebnis nicht ändern. Und ich glaube, der Westen beginnt, sich dieser Realität bewusst zu werden. Erst kürzlich hat der französische Botschafter bei den Vereinten Nationen eingeräumt, dass es ein Hirngespinnst ist, dass die Ukraine den Donbass und die Krim befreien könnte. Immer mehr westliche Politiker werden sich der Kosten bewusst, die dieser Konflikt für Europa, die Vereinigten Staaten und die ganze Welt mit sich bringt. Und sie erkennen, dass das Ergebnis nicht so sein wird, wie sie es sich erhofft hatten.

## USA und Nato haben nicht geglaubt, dass der Konflikt sich so entwickelt

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich nicht glaube, dass die Vereinigten Staaten, die Nato oder die Ukraine geglaubt haben, dass sich dieser Konflikt so entwickeln würde, wie er es getan hat. Ich glaube, dass die Nato, Europa und die Ukraine sich seit 2015 auf einen entscheidenden Konflikt im Donbass vorbereitet haben, bei dem das von der Nato aufgebaute, ausgebildete und ausgerüstete ukrainische Militär in der Lage sein würde, einen entscheidenden Angriff zu starten, der die Milizen von Donezk und Luhansk und alle Kräfte, die Russland auf das Problem ansetzen könnte, überwinden würde.

Was den umfassenderen Konflikt angeht, so denke ich, dass die Vereinigten Staaten und Europa fest davon überzeugt waren, dass die Androhung von Wirtschaftssanktionen und die Realität der Wirtschaftssanktionen Russland entweder davon abhalten würde, sich im Donbass entschlossen mit der Ukraine anzulegen, oder, falls Russland sich dazu entschieden hätte, dies zu tun, zu einem schnellen Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, zu schwerwiegenden politischen Konsequenzen für die russische Führung und zu einer raschen und entscheidenden Niederlage des russischen Militärs in der Ukraine führen würde.

«Sie [die regelbasierte internationale Ordnung] bricht in einer Phase zusammen, in der in der Welt die Erkenntnis wächst, dass Multipolarität notwendig ist, dass andere Nationen wichtig sind. Dass sich die Welt nicht nur um die Vereinigten Staaten drehen kann.»

## Keine Vorbereitung, keine realistische Einschätzung der Folgen

Warum ich das glaube? Als Mensch mit militärischer Erfahrung, der selbst in den Krieg gezogen ist und sich auf den Krieg vorbereitet hat, weiss ich, dass eine Vorbereitung auf einen entscheidenden Einsatz gegen einen Feind eine Mobilisierung erfordert. Es erfordert die Konzentration von militärischer Macht, es erfordert logistische Vorbereitung. Kurz gesagt, es erfordert all das, was die Nato, Europa und die Vereinigten Staaten nicht getan haben. Es gab keine militärische Vorbereitung der Nato, der Vereinigten Staaten und Europas auf diesen Konflikt. Das sagt mir, dass sie nicht geglaubt haben, dass dieser Konflikt auf dem Schlachtfeld gewonnen werden würde, sondern in den Banken, in den Unternehmen, in der Wirtschaft. Ich will hier nicht zu sarkastisch sein, aber wenn Sie Russland als nichts weiter als eine als Nation getarnte Tankstelle herabwürdigten, sollten Sie besser kein Auto sein, dem der Sprit ausgeht und das aufgetankt werden muss. Und genau das sind die europäischen und amerikanischen Volkswirtschaften.

## Arroganz des Westens führt ins wirtschaftliche Chaos

Es gab buchstäblich keine realistische Einschätzung der energiepolitischen Aspekte der Sanktionen gegen Russland. Ich glaube, die Vereinigten Staaten und Europa waren arrogant und glaubten, sie könnten die Energiesicherheit und die Energieversorgung der Welt kontrollieren und die russische Wirtschaft durch Sanktionen gegen Russland

«Zum Glück für die Vereinigten Staaten und Europa hat Russland nicht die Art von globalen Dominanzbestrebungen, die die Vereinigten Staaten und die Nato haben. Russland strebt lediglich einen neuen europäischen Sicherheitsrahmen an, der das respektiert, was Russland als seine legitimen nationalen Sicherheitsinteressen ansieht. Und das wird die Zukunft sein.»

lahmlegen. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Russland hat gezeigt, dass es den globalen Energiemarkt viel besser kennt als die Vereinigten Staaten oder Europa. Und ich will nicht über solche Dinge lachen, denn das ist keine lustige Situation, aber manchmal, wenn man mit Absurditäten und Lächerlichkeiten von solchem Ausmass konfrontiert wird, hat man keine andere Wahl, als bestürzt zu sein und sich darüber lustig zu machen. Und das ist die Situation, mit der ich konfrontiert bin, wenn ich heute einen Blick auf Europa werfe.

Es ist die Arroganz der G7, die Arroganz der Nato, die Arroganz der Europäischen Union zu glauben, sie könnten Russland eine Lösung mit wirtschaftlichen Mitteln diktieren, und nicht zu erwarten, dass Russland in der Lage sein würde, eine Gegenstrategie zu entwickeln, obwohl es dies mehr als ein Jahr lang angekündigt hatte, einen Plan, um die Sanktionen des Westens zu absorbieren und sie gegen den Westen zu wenden. Und genau das hat Russland getan, und der Westen hat gezeigt, dass er keinen Plan B hat.

Eines der ersten wichtigen Dinge, die man beim Militär lernt, ist, dass kein Plan den ersten Kontakt mit dem Feind überlebt, dass der Feind immer eine Wahl hat. Und so hat die Arroganz, mit einem Plan, einem Konzept, einer Denkweise und einer Arbeitsweise anzutreten und nicht in der Lage zu sein, sich an veränderte Umstände anzupassen, Europa in die Situation geführt, in der es sich heute befindet: in einem absoluten wirtschaftlichen Chaos mit dem Potential für einen vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch.

## Idee der europäischen Einheit als Betrug entlarvt

Welche Folgen hat das, abgesehen von den offensichtlichen, abgesehen von den Leiden, die die europäische Bevölkerung in diesem Winter erleiden wird, abgesehen von dem Schaden, der der europäischen Industrie zugefügt wird? Die Idee der europäischen Einheit ist als Betrug entlarvt worden. Wir hören die führenden Politiker der Nato und der Europäischen Union darüber sprechen, wie Europa sich zusammengeschlossen hat. Europa hat sich nicht zusammengefunden. Während wir hier sprechen, gibt es tiefe Risse in Europa, und die Risse werden mit der Zeit noch tiefer werden. Meiner Meinung nach hat Europa einen fatalen Fehler begangen, als es sich den ukrainischen Nationalismus zu eigen machte, denn damit hat es die Kräfte entfesselt, die die Europäische Union eigentlich zurückdrängen sollte, nämlich den europäischen Nationalismus, den polnischen Nationalismus, den deutschen Nationalismus, den französischen Nationalismus. Das alles kommt jetzt zum Vorschein. Die Staaten, die wirtschaftlich von Europa abhängig sind, werden, anstatt sich zu vereinen, auseinanderbrechen. Wir haben das gesehen. Ungarn hat sich bereits getrennt, indem es seinen eigenen Energievertrag mit Russland geschlossen hat, um zu überleben, und wenn die Realität des kommenden Winters eintritt, werden Sie sehen, dass immer mehr europäische Länder durch die Wut ihrer Bevölkerungen gezwungen sein werden, sich von der von der Europäischen Union und der Nato verkündeten Politik zu lösen und eine eigene Politik zu verfolgen, die

wieder deutsch werden sollten. Und so geht es weiter und weiter. Die Dinge, von denen man annahm, dass sie nie wieder passieren würden, fangen an, sich zusammenzubrauen.

## Europa als Papiertiger entlarvt

Ein paar andere Dinge:

Die Militarisierung Europas. Ich glaube, am Ende des Kalten Krieges hat man in Europa erkannt, dass die Wahrscheinlichkeit eines umfangreichen Bodenkriegs in Europa gering bis nicht vorhanden ist. Und deshalb hat sich Europa im Grunde selbst abgerüstet. Es stellte den Bau moderner Waffen ein. Es stellte die Ausbildung ein; ihr Militär blieb in den Kasernen. Als die Nato vor ein paar Jahren beschloss, diese Kampfgruppen zu bilden, die in die baltischen Regionen und nach Polen geschickt werden sollten, um eine russische Aggression abzuschrecken, hatte Europa Schwierigkeiten, die Kräfte für diese Verstärkungsbataillone aufzubringen – wir sprechen hier von 1500 Mann. Deutschland, das während des Kalten Krieges über ein riesiges Militär verfügte, musste seine Panzertruppen ausschlichten, um ein Bataillon nach Litauen zu bringen.

Denken Sie erst einmal darüber nach. Die Deutschen schickten ein Panzerbataillon nach Litauen. Das allein sollte den Menschen die Haare zu Berge stehen lassen. Das ist nie eine gute Sache. Aber die Deutschen waren nur deshalb imstande, ein Panzerbataillon nach Litauen zu schicken, weil sie alles andere ausgeschlachtet haben. Jetzt spricht Jens Stoltenberg von der Notwendigkeit, eine 300 000 Mann starke Truppe aufzustellen. Und einer der Teile dieser Truppe wäre die Verstärkung dieser Bataillone zu Brigadeeinheiten. Woher sollen sie die Männer nehmen? Woher sollen sie das Material nehmen? Wie sollen sie das machen? Die kurze Antwort lautet: Sie können es nicht. Europa ist als Papiertiger entlarvt worden. Das ist eine der Folgen dieses Konflikts.

## Nato gescheitert

Abgesehen davon, dass Europa nicht nur eine gescheiterte Wirtschaftsunion ist, ist die Nato auch ein gescheitertes Militärbündnis, das nicht in der Lage ist, einen bedeutenden militärischen Konflikt mit einem Feind oder einem potentiellen Feind von der Stärke Russlands auszutragen. Und noch etwas passiert hier: Die Vereinigten Staaten haben wieder einmal gezeigt, dass sie vielleicht der schlechteste Verbündete sind, den Europa je haben könnte. Einst waren die Vereinigten Staaten ein guter Verbündeter, einst waren die Vereinigten Staaten das Herz und die Seele des Nato-Verteidigungsbündnisses, aber als der Kalte Krieg endete und die Nato ihre Existenzberechtigung verlor, haben die Vereinigten Staaten, anstatt nach einem Weg zu suchen, dieses Relikt des Kalten Krieges aufzulösen, die Führung übernommen und die Nato in ein offensives Bündnis verwandelt.

Man muss nur einen Blick auf den Kosovo-Krieg werfen, um zu verstehen, dass die Nato kein Verteidigungsbündnis war. Man muss sich nur die Intervention in Libyen ansehen, um das Gleiche zu erkennen. Und was hat die Nato, eine transatlantische Sicherheitsorganisation, fast zwei Jahrzehnte lang in Afghanistan gemacht? Also – Sie wissen schon – die Nato hat ihre Existenzberechtigung verloren. Die Vereinigten Staaten haben die Nato in Afghanistan im Stich gelassen. Ich weiss nicht, ob Europa sich dieser Tatsache bewusst geworden ist, aber wir haben die Nato im Stich gelassen, wir haben Europa im Stich gelassen, wir haben die Nato in Europa sich selbst überlassen, und das hat viele in der Nato dazu veranlasst, sich zu fragen: Was ist der Sinn, was ist unsere Aufgabe? Warum sind wir hier?

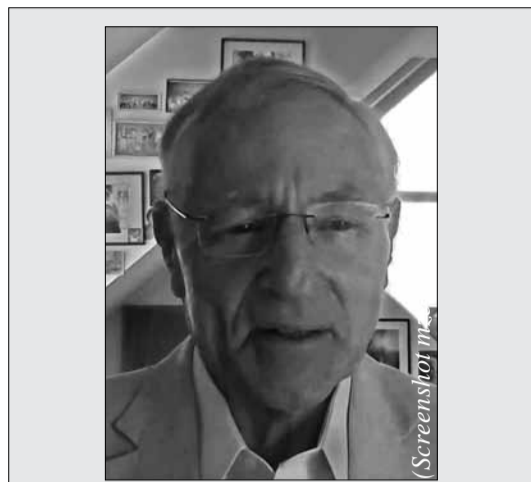
## USA haben Nato aufgeben

Dann haben die Vereinigten Staaten eine Kehrtwende vollzogen, weil es einen Führungswechsel gab, und wir sagten: «Nein, jetzt seid ihr relevant, aber ihr müsst euch jetzt auf Russland konzentrieren.» Und das tat die Nato, aber nicht militärisch. Die Nato hat nie die militärischen Kapazitäten aufge-

\* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Europa – welche Zukunft wollen wir?») vom 2.–4. September 2022

# Was braucht es, um die Uno vom Joch der Geopolitik zu befreien?

von Hans-Christof von Sponeck, Deutschland\*



Hans-Christof von Sponeck war 32 Jahre bei der Uno tätig. In dieser Zeit arbeitete er unter anderem in New York, Ghana, Pakistan, Botswana, Indien und war Direktor des Europa-Büros des Entwicklungsprogramms der UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beigeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das humanitäre Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Hans-Christof von Sponeck wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem *Coventry Peace Prize* der Church of England, mit dem *Peacemaker Award* der *Washington Physicians for Social Responsibility* und dem *Bremer Friedenspreis*. Zurzeit arbeitet er gemeinsam mit *Richard Falk* an einem Buch zur Uno-Reform, das 2022 erscheinen wird.

Viel gibt es zu sagen über die Befreiung der Uno vom Joch ihrer geopolitischen Unterdrückung. Es geht um Befreiung. Zunächst aber einige kurze Hinweise auf den Ursprung des Jochs.

Zu diesem Ursprung gehört das geschichtsträchtige Treffen im Februar 1945 von *Stalin*, *Roosevelt* und *Churchill* in Jalta auf der Krim. In Vorbereitung auf die Gründung der Vereinten Nationen als Nachfolger des gescheiterten Völkerbundes wollten drei alte Männer – ein Kommunist und zwei Kapitalisten – eine Einrichtung schaffen, die den Frieden und das weltweite Wohlergehen sichern sollte.

Ihre individuellen Machtinteressen, so einigten sie sich, mussten durch das Veto-recht im Sicherheitsrat garantiert sein. Jeder brauchte jeden für die Macht des einzelnen. Dies war eine faustische Absprache, eine machiavellistische Verschwörung! Es war wohl der gewichtigste Teil des entstehenden Uno-Jochs.

## Westlicher Führungsanspruch in der Uno

Das konnte nicht gut gehen! Das bedeutete einen Zusammenprall von Ideologien und

\* Vortrag bei der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft «Mut zur Ethik» («Europa – welche Zukunft wollen wir?») vom 2.–4. September 2022

nationalen Eigeninteressen, die erheblich verschärft wurden durch das Erwachen der Welt der Kolonien. Bereits zwei Jahre nach Schaffung der Uno zeigten sich die harten Gesichter des Kalten Kriegs, der bis heute unsere Welt begleitet.

In diesem Kalten Krieg war der Westen politisch erheblich mächtiger, wirtschaftlich und finanziell viel stärker und ausserdem bestens vorbereitet für Führungsansprüche in der neuen Organisation.

Bis heute ist das gesamte Uno-System fest im Westen verankert:

- Die politische Zentrale der Uno ist in New York;
- Uno-Einheiten wie die *Weltbank* und der *Internationale Währungsfonds* haben ihre Ämter in Washington;
- der *Internationale Gerichtshof* befindet sich in Den Haag;
- die Sonderorganisationen sind überwiegend in Westeuropa und Nordamerika angesiedelt;
- drei der permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats sind westliche Länder.

Ein Fazit: Der Traum des Möglichen der Uno ist über 77 Jahre der Alptraum des Unmöglichen geblieben! Das geopolitische Joch hat der Uno weitgehend die Handlungsfreiheit genommen, die ihr die Uno-Charta zugeordnet hat und die sie braucht, um ihren Auftrag für weltweiten menschlichen Fortschritt zu erfüllen.

## Das Joch

Schauen wir uns dieses Joch etwas genauer an und versuchen dann einzugehen auf die Frage: Was braucht es, um die Uno von diesem Joch zu befreien, und was beinhaltet eine solche Joch-Befreiung?

Zunächst: Die Welt des 21. Jahrhunderts ist heute tiefer gespalten denn je. Die Hauptverantwortung hierfür liegt bei den Weltmächten, insbesondere bei den Vereinigten Staaten und dem von ihnen erzwungenen Unilateralismus, aber natürlich auch bei den anderen vier Mitgliedern des Sicherheitsrats.

Alle fünf Mächte des Sicherheitsrates (P5) haben Angst, Angst vor der Mehrheit der Nationen in der Generalversammlung, die «das Joch der Fünf» nicht länger akzeptieren wollen.

Die Angst erklärt das Joch:

- Das P5-Verhalten hat nukleare und allgemeine Abrüstung, wie sie von der über-

wiegenden Mehrheit der Generalversammlung seit langem verlangt wird, verhindert.

- Wie die *Doha Handelsrunde* der UNCTAD gezeigt hat, wurde die Schaffung einer neuen und gerechteren Weltwirtschaftsordnung, einer sogenannten *New International Economic Order* (NIEO), immer wieder von den permanenten Mitgliedern und anderen OECD-Ländern blockiert.
- Entkolonisierung bleibt weiterhin ein wichtiges Uno-Thema, weil Unabhängigkeit für Territorien in Asien, Lateinamerika, im Pazifik und in Afrika von den Besitzern der Kolonien nicht zugestanden wird.
- Weltmächte wie China und die USA gehören zu den grössten Umweltverschmutzern, haben aber in Paris, Kopenhagen und Glasgow (2021) ihre Unterstützung im Kampf gegen die Welterwärmung nur langsam und zögerlich zugesagt.
- Die Zusammenarbeit zwischen der politischen Uno (Generalversammlung und Sicherheitsrat) und der Zivilgesellschaft und den NGOs ist, trotz Fortschritten in den letzten Jahren, nur schleppend vorangekommen. Mächtige Länder, nicht nur die P5-Länder, auch Länder wie Indien und Brasilien, haben eine solche Zusammenarbeit gebremst, aus Furcht, dass die Souveränität der Regierungen eingeschränkt werden könnte.
- Internationales Recht hat bisher hauptsächlich nur für die Schwachen gegolten. Die Mächtigen dieser Welt beanspruchen weiterhin Straflosigkeit für ihre völkerrechtswidrigen Handlungen. Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen und die Ukraine sind nur einige, aber schwerwiegende Beispiele. Der internationale Gerichtshof der Uno kann Urteile abgeben, die aber keine Einhaltungspflicht beinhalten. Er ist damit machtlos geblieben. Es bleibt weiterhin eine erschütternde Tatsache, dass der *Internationale Strafgerichtshof* (der keine Uno-Einrichtung ist) weitgehend ein Gerichtshof für Afrika geblieben ist.
- Das Joch der finanziellen Abhängigkeit des Uno-Systems von den Geberländern ist über die Jahre schwerer geworden, obwohl die Pflichtbeiträge peinlich wenig sind. Das Budget des Generalsekretärs der Weltorganisation ist geringer

als das Budget des Polizeichefs in New York! Im Vergleich zu den Pro-Kopf-Beiträgen der USA und Deutschlands zahlt das kleine Königreich Bhutan einen höheren Beitrag. Hinzu kommt eine zunehmende Politisierung der freiwilligen Beiträge durch Auflagen der Geberländer, wie diese Beiträge zu verwenden sind. Damit wird dem Uno-System die Freiheit genommen, eigene Prioritäten durchzuführen.

- Versuche von Mitgliedsstaaten, einen permanenten internationalen auswärtigen Dienst der Uno, wie ihn alle Nationalstaaten haben, abzuschaffen, sind bisher zwar gescheitert, haben aber ein Klima der Unsicherheit unter den Uno-Mitarbeitern und denen, die sich für eine Laufbahn in der Uno interessieren, hinterlassen.

Diese acht Beispiele sind Hinweise auf das gewichtige Joch, das die Arbeit der Vereinten Nationen bis heute so erheblich erschwert hat.

## Befreiung vom Joch

Es wäre naiv zu meinen, dass das Erkennen der normativen, strukturellen und inhaltlichen Hindernisse im Uno-System und die Forderung nach entsprechenden Reformen durch die Mehrheit der Uno-Mitgliedsstaaten ausreichen, um die Uno vom Joch der Unterdrückung zu befreien.

Wie erwähnt, Reformversuche hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie alle waren erfolglos und werden erfolglos bleiben, solange – und dies ist entscheidend für die Zukunft der Uno – die Grossmächte nicht bereit sind anzuerkennen, dass die Welt des 21. Jahrhunderts nicht die Welt von 1945 geblieben ist, und dass sie akzeptieren, dass der Wandel von einer Ungemeinschaft hin zu einer echten Völkergemeinschaft, wie sie in der Präambel der Charta genannt wird, unumgänglich ist. Ohne einen Wandel der P5-Länder vom Recht der Macht zur Macht des Rechts wird dies nicht gehen!

Dazu gehört, dass geopolitischer Egoismus, Unilateralismus und Straflosigkeit durch Kompromiss- und Konvergenzbereitschaft und Rechenschaftspflicht für alle ersetzt werden.

Die Konflikt- und Krisenkarte der Welt von heute macht deutlich, dass die Zeit für grundsätzliches Umdenken und die Befreiung der Uno von ihrem Joch wahrlich nicht vor der Tür steht. Aber diese Zeit wird kommen. Ohne Umdenken hat die Welt keine Zukunft.

## «In uns allen steckt mehr, als wir glauben»

Als mitdenkende Bürger müssen wir uns, gerade in diesen Tagen des erneuten Krieges in Europa, verpflichtet fühlen, mit dem Mut der Überzeugung unseren Einsatz für eine friedliche Welt weiter zu stärken.

Es heisst mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben, aber immer auch nach den Sternen zu schauen. In uns allen steckt mehr, als wir glauben!

«Als mitdenkende Bürger müssen wir uns, gerade in diesen Tagen des erneuten Krieges in Europa, verpflichtet fühlen, mit dem Mut der Überzeugung unseren Einsatz für eine friedliche Welt weiter zu stärken. Es heisst mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben, aber immer auch nach den Sternen zu schauen. In uns allen steckt mehr, als wir glauben!»

## «Konsequenzen des Ukraine-Kriegs»

Fortsetzung von Seite 3

baut, um Russland zu konfrontieren. So haben die Vereinigten Staaten die Nato in einen entscheidenden Stellvertreterkrieg mit Russland in der Ukraine geführt, in dem die Nato ihre militärischen Ressourcen weiter erschöpft, indem sie Ausrüstungsgüter in die Ukraine liefert, nur um dann mit ansehen zu müssen, wie diese auf dem Schlachtfeld von Russland zerstört werden, ohne dass es eine industrielle Kapazität gibt, um sie zu ersetzen. Die Vereinigten Staaten haben die Nato aufgegeben.

## Zusammenbruch des US-Imperiums

Für die Vereinigten Staaten hat dieser Konflikt nun zur Folge, dass wir den Untergang der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung beschleunigen, also jenes Clubs, den die Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet haben. Sie bricht zusammen. Sie bricht in einer Phase zusammen, in der in der Welt die Erkenntnis wächst, dass Multipolarität notwendig

ist, dass andere Nationen wichtig sind. Dass sich die Welt nicht nur um die Vereinigten Staaten drehen kann. Und dieser Kampf um die Multipolarität wird von Russland und China angeführt, aber auch Indien, Brasilien, Südafrika und andere Nationen sind auf dem Vormarsch.

Die Geschichte der Welt zeigt, dass es einen evolutionären Prozess gibt und Imperien verschwinden. Aber was wir hier sehen, ist nicht das Schwinden des amerikanischen Imperiums, sondern der Zusammenbruch des amerikanischen Imperiums. Und eine der Folgen dieses Konflikts ist, dass die Vereinigten Staaten feststellen, dass ihre Rolle in der Welt in diesem Augenblick zusammenbricht. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch Europa haben strategisch auf allen Ebenen versagt, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Der Gewinner ist Russland.

## Möglich ist: Friedliche Koexistenz zwischen Europa und Russland

Zum Glück für die Vereinigten Staaten und Europa hat Russland nicht die Art von glo-

balen Dominanzbestrebungen, die die Vereinigten Staaten und die Nato haben. Russland strebt lediglich einen neuen europäischen Sicherheitsrahmen an, der das respektiert, was Russland als seine legitimen nationalen Sicherheitsinteressen ansieht. Und das wird die Zukunft sein.

Ein entscheidender russischer Sieg wird Europa letztlich dazu zwingen, seine selbstmörderische Umarmung der Nato und ihre ewige Rolle als verlängerter Arm der amerikanischen nationalen Sicherheitspolitik aufzugeben und statt dessen eine verantwortungsvolle realistische Verständigung mit Russland darüber anzustreben, wie Europa und Russland friedlich koexistieren können, und zwar nicht als Freunde. Europa hat meiner Meinung nach für immer, zumindest für die absehbare Zukunft, die Gelegenheit verloren, der Freund Russlands zu sein. Russland wird Europa nie wieder vertrauen – und Russland sollte Europa auch nie wieder vertrauen. Europa wird nie wieder ein Partner Russlands sein. Man wird kein Partner von Staa-

ten, die einem in den Rücken fallen, so wie Europa Russland in den Rücken gefallen ist. Aber Sie können friedlich koexistieren.

## Rechtsstaatlichkeit statt regelbasierter internationaler Ordnung

Und ich glaube, das ist das Ziel Russlands, und ich glaube, das wird auch das Ziel Europas sein. Der Verlierer in all dem werden langfristig die Vereinigten Staaten sein, der Gewinner von all dem wird langfristig der Rest der Welt sein. Denn je eher die Vereinigten Staaten gezwungen werden können, von ihrer selbstgewählten Rolle als globaler Hegemon zurückzutreten, desto eher wird die Welt in der Lage sein, die Vereinigten Staaten an den Tisch einer multipolaren Ordnung einzuladen, in der Rechtsstaatlichkeit an die Stelle der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung tritt.

Vielen Dank, es war mir eine Freude, für Sie da zu sein.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

# Friede im Südkaukasus: Nächstes Opfer westlicher Geopolitik?

von Ralph Bosshard

In den letzten Tagen wurden Nachrichten verbreitet, wonach im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan ein Friedensabkommen in Sicht sein könnte, das nicht nur dem jahrzehntealten Konflikt um Berg-Karabach, sondern dem alten Konflikt zwischen den beiden Staaten im Südkaukasus ein Ende setzen soll.<sup>1</sup> Allerdings ist dieses Abkommen noch nicht in trockenen Tüchern: Noch könnten der Krieg in der Ukraine und geopolitische Konzepte das Vorhaben zum Scheitern bringen.

Am 9. November 2020 war auf Vermittlung Russlands ein Waffenstillstandsabkommen in Kraft getreten, das dem sechswöchigen Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan ein vorläufiges Ende setzte. Stein des Anstosses in den Friedensverhandlungen war danach der sogenannte Zangezur-Korridor, der das aserbaidschanische Mutterland mit der Exklave Nakhichevan verbindet, die westlich Armeniens liegt. Die aserbaidschanische Führung verstand sich schon immer auf die Ausübung politischen Drucks mit militärischen Mitteln. Zu diesem Zweck scheute sich Baku in den letzten Monaten nicht, armenisches Territorium zu beschliessen und Geländeteile zu besetzen, über deren Zugehörigkeit zu Armenien kein Zweifel bestehen kann. Ausser Worten hatte der Westen den Armeniern bislang aber wenig zu bieten.<sup>2</sup>

## Wechselvolle Geschichte

Die historische Region Zangezur war in der wechselvollen Geschichte Armeniens Teil der Region Syunik, die erheblich grösser war als die gleichnamige heutige Provinz im Süden Armeniens. Nach der Oktoberrevolution von 1917 kam es zwischen den unabhängig gewordenen Republiken Armenien und Aserbaidschan zu Streitigkeiten über den Besitz einiger Gebiete mit gemischter Bevölkerung, darunter auch Zangezur. Nach heftigen armenisch-aserbaidschanischen Auseinandersetzungen wurde der Grossteil der Region 1924 der Armenischen SSR zugeschlagen, die inzwischen Teil der Sowjetunion geworden war. In der Folge wanderten die ethnischen Aserbaidschaner aus diesem Gebiet ab.<sup>3</sup> Die Diskussionen um Zangezur wecken nun Ängste, Aserbaidschan könnte auch auf diese Gebiete Anspruch erheben.

Das Waffenstillstandsabkommen vom 9. November 2020 beinhaltet neben militärisch geprägten Bestimmungen der Feuereinstellung auch solche, die auf die Beilegung politischer Streitigkeiten abzielen. Insbesondere die Aufhebung sämtlicher Verkehrsblockaden in der Region gehört dazu.<sup>4</sup> Das käme einem grossen Schritt vorwärts gleich, denn die Grenzen zwischen Armenien auf der einen und der Türkei und Aserbaidschan auf der anderen Seite waren seit dem Ende des Kriegs 1994 hermetisch geschlossen und nicht einmal für Diplomaten und Waffenstillstandsbeobachter der OSZE durchlässig gewesen. Ein Abkommen über das Ende der Blockade zwischen der Türkei und Armenien war am 10. Oktober 2009 in Zürich ausgehandelt, aber nie umgesetzt worden.<sup>5</sup>

Was die Bestimmung der Aufhebung aller Blockaden im Waffenstillstandsabkommen aber genau bedeutet, darüber scheiden sich die Geister: Armenien hat die Neueröffnung von Grenzübergängen zum aserbaidschanischen Mutterland in Karahunj und Sotk vorgeschlagen sowie einen zur aserbaidschanischen Provinz Nakhichevan in Yeraskh. Besonders jener in Karahunj wäre in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung, denn er würde nicht nur die Strasse aus Goris in Armenien nach Qubadli in Aserbaidschan öffnen, sondern auch die Reise auf der Strasse ins armenische Syunik erleichtern, die über weite Strecken entlang der armenisch-aserbaidschanischen Grenze verläuft. Über die Benutzung dieser Strasse hatte es im vergangenen Jahr schon Streitigkeiten gegeben, als die aserbaidschanischen Behörden von iranischen Transportunternehmen plötzlich Zölle verlangten.

Aserbaidschan hingegen besteht auf der Eröffnung der Strassen- und Eisenbahnverbindung entlang des Arax-Flusses, der die Grenze zwischen dem Iran und Armenien bildet. Aber Baku möchte mehr als das: Es möchte auf dieser Strecke Transporte ohne armenische Kontrolle durchführen.<sup>6</sup> Im Waffenstillstandsabkommen vom November



Verkehrswege im südlichen Armenien. (Karte Ralph Bosshard)

2020 war vereinbart worden, dass die Verkehrswege zwischen Aserbaidschan und Nakhichevan unter Kontrolle der russischen Grenztruppen stehen sollen.<sup>7</sup>

Schon rein die Bezeichnung «Zangezur-Korridor» weckt in Armenien Misstrauen, denn der Vergleich zum Laçin-Korridor (armenisch Berdzor) ist nicht weit. Dieser verbindet Berg-Karabach mit Armenien und stellt ein Stück ursprünglich aserbaidschanischen Territoriums dar, das mit dem Waffenstillstand vom November 2020 unter Kontrolle der Republik Artsakh verblieb.<sup>8</sup> Eriwan befürchtet, dass der aserbaidschanischen Seite eine ähnliche Lösung für die Region am Arax-Fluss vorschwebt und dass es dadurch die Kontrolle über die Grenzregion verliert. Damit wäre dann aber der wichtigste Grenzübergang zwischen dem armenischen Agarak und Nurdz im Iran unter aserbaidschanischer Kontrolle. Und das wiederum weckt das alte Misstrauen wieder, dass es Aserbaidschan und der Türkei letzten Endes nicht um die Öffnung von Verkehrswegen in der Region geht, sondern um die totale Isolation Armeniens.<sup>9</sup> Von einer Abtretung von armenischem Territorium an Aserbaidschan war im Waffenstillstandsabkommen nie die Rede gewesen, und eine solche an der armenisch-iranischen Grenze wäre genau das Gegenteil dessen, was eigentlich beabsichtigt war.

Aus armenischer Sicht geht es um Sein oder Nichtsein des armenischen Staats und seiner Bevölkerung, inklusive jener von Berg-Karabach. Kürzliche Meldungen über Kurse der Nato in Aserbaidschan und gemeinsame Übungen der aserbaidschanischen, türkischen und georgischen Armee verstärken die Ängste der Armenier, eingekeilt zu sein zwischen dem Erzfeind und Nato-Staat Türkei, einem sich zunehmend feindlich gebärdenden Georgien und Aserbaidschan, das sich dank seiner Bedeutung als Erdgaslieferant für Europa alles erlauben kann.<sup>10</sup> Gleichzeitig droht Armenien die Isolation vom Iran, mit dem es bisher gute Beziehungen unterhalten hatte, und seinem Verbündeten Russland.

## Rolle des Panturkismus

Aber es geht in diesem Ringen um weit mehr als die Region Südkaukasus. In den letzten Jahren forcierte insbesondere der türkische Präsident *Recep Erdoğan* seine Vision von der turksprachigen Welt, die in der Organisation der Turkstaaten ihren politisch-diplomatischen Ausdruck findet. In dieser bislang eher lockeren Staatengruppe, der neben Aserbaidschan auch die zentralasiatischen Länder Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan angehören, erhebt die Türkei als bevölkerungsreichstes Land einen Führungsanspruch.<sup>11</sup> Nur allzu gerne greifen die Anhänger des Panturkismus solche Bestrebungen auf und erinnern daran, dass auch in Griechenland, Bulgarien, auf der Krim, im Irak, in Syrien, Afghanistan, China, Moldawien und Russland turksprachige Minderheiten leben. Mit dem Zangezur-Korridor würde Aserbaidschan eine Landverbindung zwischen den Türken am Mittelmeer und den Turkvölkern Zentralasiens schaffen. Dem Land

käme dann innerhalb der Staatengruppe eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Liefervertrag für Erdgas, welchen Aserbaidschan mit der EU kürzlich abschloss, realisierte das Land bereits den wirtschaftlichen Aspekt dieses Anspruchs, nämlich denjenigen als Drehscheibe für den Handel mit Erdöl und -gas aus der Region des Kaspischen Meers.<sup>12</sup>

Natürlich möchten die zentralasiatischen Mitgliedsländer die Türkei nicht brüskieren, aber sie haben unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen, sozio-kulturelle Normen und politische Systeme.<sup>13</sup> Diese Länder machten zwar ambivalente Erfahrungen mit Russland und der Sowjetunion, waren aber nicht in die Erzfeindschaft involviert, welche das russische Zarenreich und das osmanische Imperium voneinander trennten. Im Gegenteil: Die Sowjetunion und namentlich Russland hatten im 20. Jahrhundert grossen Anteil an der Entwicklung der Region Zentralasien. Der türkische Führungsanspruch stösst dort auf eine gewisse Skepsis. Dafür ist das Selbstbewusstsein dieser Nationen mit ihrem reichen kulturellen und historischen Erbe zu stark entwickelt.

## Verbündete und Nachbarn Armeniens

Mehrere Staaten Zentralasiens sind aber auch Mitglied der *Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit* (OVKS) und damit militärische Verbündete Armeniens.<sup>14</sup> Kraft seiner Grösse und militärischer Stärke kommt Russland in der OVKS natürlich eine Hauptrolle zu, während die Streitkräfte der zentralasiatischen Republiken – mit Ausnahme jener Kasachstans – wohl nicht als so stark einzuschätzen sind, wie die offen verfügbaren Zahlen vermuten lassen. Die Tatsache, dass Russland derzeit in der Ukraine militärisch gebunden ist, mag Präsident *Alijew* zu einem etwas forscheren Auftreten gegenüber Armenien ermutigt haben. Die Ukraine und der Westen könnten versuchen, ihn zu motivieren, noch weitergehende Zugeständnisse zu fordern. Allein, es würde schon genügen, wenn die Staaten Zentralasiens Baku signalisieren würden, dass aus den angestrebten Verbindungen nach Zentralasien nichts wird, wenn Aserbaidschan weiterhin militärisch Hand an ihren Verbündeten legen sollte.

Besonders enttäuschend mag für viele Armenier das Verhalten Georgiens sein, dessen Geschichte wesentliche Parallelen mit jener Armeniens aufweist. Als kleines, überwiegend christliches Land an der Grenze zwischen zwei Grossreichen und umgeben von muslimisch geprägten Gebieten, würde man Georgien eigentlich als natürlichen Verbündeten Armeniens ansehen. Von den Flirts der georgischen Führung mit EU, Nato und dem türkischen Nachbarn erwartet man in Eriwan hingegen nichts Gutes.

## Westliche Geopolitik

In den letzten Tagen brachte offenbar erneut russische Diplomatie die Kontrahenten im Südkaukasus an den Verhandlungstisch.<sup>15</sup> Aber westliche Geopolitiker sehen hier auch schon ihre Chance im Kampf gegen den Iran und im weiteren Sinn im Ringen um die Vorherrschaft im Nahen Osten<sup>16</sup> und könnten ver-

suchen, Friedensbemühungen zu hintertreiben. In diesem Konkurrenzkampf schwammen dem Westen in jüngster Zeit die Felle davon, seit die Türkei und in den letzten Monaten auch Saudi-Arabien sich zunehmend westlichem Einfluss verwehrten. Eine Einmischung der Geopolitiker aus Washington und Brüssel, die glauben, dank des Konflikts um Berg-Karabach wieder einen Schuh in die Region zu bekommen, wäre aber das Letzte, was die Menschen in der Region brauchen.

<sup>1</sup> siehe Orkhan Nabiyeve: «Baku, Yerevan agree on main points of peace treaty – Turkish FM», in: *Trend News Agency* vom 11.10.2022, online <https://en.trend.az/azerbaijan/politics/3655527.html> und «Armen Grigoryan: there is agreement to sign peace treaty between Armenia and Azerbaijan by end of year», in: *Arka News Agency* vom 14.10.2022, online unter [http://arka.am/en/news/politics/armen\\_grigoryan\\_there\\_is\\_agreement\\_to\\_sign\\_peace\\_treaty\\_between\\_armenia\\_and\\_azerbaijan\\_by\\_end\\_of\\_yea/](http://arka.am/en/news/politics/armen_grigoryan_there_is_agreement_to_sign_peace_treaty_between_armenia_and_azerbaijan_by_end_of_yea/)

<sup>2</sup> siehe «PACE President calls on Armenia, Azerbaijan to redouble efforts to resolve conflict», in: *News.am* vom 11.10.2022, online unter <https://news.am/eng/news/724499.html>, «Ombudswoman briefs OSCE Minsk Group French co-chair on consequences of Azerbaijan attack on Armenia», in: *News.am* vom 11.10.2022, online unter <https://news.am/eng/news/724505.html>, und «Azerbaijan must withdraw its forces from sovereign territory of Armenia: PACE lawmaker haunted by Azeri war crimes», in: *Armenpress* vom 11.10.2022, online unter <https://armenpress.am/eng/news/1094605.html>

<sup>3</sup> siehe «Zangezur, which is currently part of southern Armenia, has been a disputed territory since World War I», in: *TRT World* vom 29.06.2022, online unter <https://www.trtworld.com/magazine/what-is-the-zangezur-corridor-and-why-does-it-matter-to-eurasia-58405>

<sup>4</sup> siehe Artikel 9 des Waffenstillstandsabkommens vom 9.11.2020, online unter <https://www.bbc.com/russian/news-54886782> in russischer Sprache und <https://web.archive.org/web/2020111212431/http://en.kremlin.ru/events/president/news/64384> (englisch).

<sup>5</sup> vgl. «Schweiz als Vermittlerin zwischen Armenien und der Türkei», in: *Human Rights* vom 29.10.2009, online unter <https://www.humanrights.ch/de/tpf/menschenrechte/aussenpolitik/schweiz-vermittlerin-tuerkei-armenien>

<sup>6</sup> siehe «Yerevan, Baku agree to most of Zangezur corridor», *Russian newspaper reports*, in: *Civilnet* vom 29.6.2022, online unter <https://www.civilnet.am/en/news/666581/yerevan-baku-agree-to-most-of-zangezur-corridor-russian-newspaper-reports/>

<sup>7</sup> siehe Artikel 9 des Waffenstillstandsabkommens vom 9.11.2020, a.a.O.

<sup>8</sup> siehe Artikel 6 des Waffenstillstandsabkommens vom 9.11.2020, a.a.O.

<sup>9</sup> siehe Arshaluis Mgedesyan: «Attacks on Armenia highlight ongoing disputes over corridor for Azerbaijan», in: *Eurasianet* vom 14.9.2022, online unter <https://eurasianet.org/attacks-on-armenia-highlight-ongoing-disputes-over-corridor-for-azerbaijan>

<sup>10</sup> siehe «Georgia, Azerbaijan, Turkey to share experience in Caucasus Eagle defence drills», in: *Agenda* vom 11.10.2022, online unter <https://agenda.ge/en/news/2022/3944>, und Verteidigungsministerium Aserbaidschan: *Baku hosts NATO training course*, 10.10.2022, online unter <https://mod.gov.az/en/news/baku-hosts-nato-training-course-43145.html>. Zum Lieferabkommen für Erdgas zwischen Aserbaidschan und der EU siehe «EU signs deal with Azerbaijan to double gas imports by 2027», in: *Reuters* vom 18.07.2022, online unter <https://www.reuters.com/business/energy/eu-signs-deal-with-azerbaijan-double-gas-imports-by-2027-2022-07-18/>

<sup>11</sup> vgl. die Homepage der Organisation unter <https://www.turkcon.org/en/uye-ulkeler>. Ungarn (!) und Turkmenistan haben in dieser Organisation Beobachterstatus.

<sup>12</sup> siehe «EU signs deal with Azerbaijan to double gas imports by 2027», in: *Reuters*, a.a.O.

<sup>13</sup> siehe zu diesem Aspekt insbesondere Matthias Wolf: «Zwischen Osmanismus, Lenin und Turan – Warum die Turkvölker Zentralasiens auf andere Art türkisch sind», in: *Deutsches Zentrum für Südkaukasus* vom 27.02.2021, online unter <https://sudkaukasus.de/zwischen-osmanismus-lenin-und-turan-warum-die-turkvolker-zentralasiens-auf-andere-art-turkisch-sind/>

<sup>14</sup> siehe die offizielle Homepage der OVKS: <https://en.odkb-csto.org/>

<sup>15</sup> siehe «As result of mediation activity of Russian side, military clashes between Azerbaijan and Armenia have been stopped – President Ilham Aliyev», in: *Trend News Agency* vom 14.10.2022, online unter <https://en.trend.az/azerbaijan/politics/3657048.html>

<sup>16</sup> Symptomatisch dafür ist der Artikel von Cavid Yeliyev: «Iran's Frustrations With the Zangezur Corridor», in: *Eurasia Daily Monitor*, Jamestown Foundation, 23.9.2022, online unter <https://jamestown.org/program/irans-frustrations-with-the-zangezur-corridor/>.

# Im Gas-Chaos werden die Leute doppelt betrogen

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.



Eberhard Hamer  
(Bild zvg)

In der Staatspropaganda der öffentlichen Medien wird täglich mehrfach behauptet, allein Putin sei an unserem Gas-Chaos schuld. Tatsächlich hat nicht Putin den Gasbezug gekündigt, sondern die EU mit Hilfe unserer eigenen Regierung hat Gassanktionen

gegen Russland ausgesprochen und will auch zum Jahresende kein Öl mehr von Russland bekommen.

Wenn Frau Wagenknecht mit Recht behauptet, dass wir innerhalb einer Woche jedes Gasproblem los wären, wenn wir die Sanktionen zurücknehmen, ist dies von Putin bestätigt worden, wird ihr aber als Verrat am Gasnarrativ vorgeworfen. Tatsache bleibt: Die vorhandene Gaskrise und der kommende Gasnotstand sind von unserer eigenen Regierung verursacht und verschuldet worden und werden von ihr sogar gegen die Interessen der Bevölkerung aus falscher Vasallentreue gegen EU und USA aufrechterhalten.

Die gleichen Medien, die den deutschen Gasmangel Putin zurechnen, bestätigen andererseits täglich, dass Gas genug in der Welt vorhanden sei und dass die deutschen Speicher ausreichend mit Gas gefüllt seien (über 90%). Es wird der Bevölkerung also vorgegaukelt, dass es zum Schlimmsten im Winter nicht kommen könne. Dennoch haben die Leute das berechtigte Gefühl, dass sie vor einem Gasstopp stehen, und haben sich zigttausendfach Elektroheizgeräte besorgt. Die Bevölkerung glaubt also der zweiten Lüge der Regierung ebenfalls nicht.

Minister Habeck versucht zu beschwichtigen, dass «alle Massnahmen getroffen würden, um einen Gas-Gau für die Bevölkerung zu verhindern».

## Gasindustrie rechnet mit einem Gas-Gau im Winter

Tatsache aber ist, dass sogar die Gasindustrie mit einem Gas-Gau im Winter rechnet. Auf Grund des Notfallplans der Regierung vom 23. Juni 2022 kann nämlich eine Alarmstufe ausgerufen werden, mit welcher ausserordentliche Massnahmen angeordnet werden können, welche in erster Linie Kunden im sogenannten «nicht geschützten» Bereich betreffen. Reichen diese Massnahmen nicht aus, um die Lage zu stabilisieren, kann es auf Grund des fallenden Versorgungsdrucks notwendig werden, auch im «geschützten» Kundenbereich Einschränkungen vorzunehmen und in Notfällen die Gasversorgung bis zum Versorgungsausfall zu reduzieren.

In einem Rundblatt hat ein Gasversorger Gasinstallateure schon darüber informiert, dass sie sich auf den Gasnotstand vorbereiten sollen. Beim Abfall des Versorgungsdrucks in den Versorgungsleitungen könnten Privatleute die ausgefallenen Gasthermen, Heizkessel und andere Gasverbrauchsgeräte nicht selbst wieder in Betrieb nehmen. Der Gasversorger bittet deshalb die Installateure, in diesen Fällen die Hauptsperrarmatur und die Gasgeräteamatur zu schliessen, bis Gas wieder verfügbar sei, und nur selbst die Wiederöffnung von Hauptgasleitung und Geräten auszuführen, sobald das Versorgungsgebiet wieder beliefert werden könne und der Gasversorger den Installateuren Nachricht gegeben habe, die Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Privatpersonen könnten die meisten Geräte nicht eigenständig entstören. «Bitte bereiten Sie sich darauf vor, dass viele Kunden zur Wiederinbetriebnahme ihrer Gasanlagen auf Sie (Installateure) als Fachpersonal zukommen werden.»

## Wiederinstandsetzungen können monatelang dauern

Die Betriebe haben in der Regel zwischen 300 und 1000 Kunden. Da wir aber immer weniger Betriebe haben und weniger Personal in den Installationsbetrieben, wächst monatlich die Zahl der Kunden, die keinen Gasinstallateur mehr haben.

Konkret: Wenn das Gas ausgefallen ist und wieder genügend Gas da ist, können die Haus-

halte noch Tage, Wochen oder sogar Monate kalt sitzen, weil sie ihre Geräte selbst nicht wieder in Gang setzen können, sondern auf einen Fachmann angewiesen sind, wir aber diese Fachleute zu wenig haben und damit eine Abhängigkeit von dem bisher vernachlässigten Installationshandwerk besteht, welche für den Konsumenten viel folgenschwerer ist als die frühere «Abhängigkeit von Putin».

Konsequenz: Die Regierung rechnet mit einem Stopp der Gasvorräte im Winter, sagt es aber nicht. Die Gasindustrie rechnet mit einem Stopp des Gases und bereitet Handwerksbetriebe darauf vor. Die Handwerksbetriebe wissen schon jetzt, dass sie nur beschränkte Möglichkeiten der Hilfe nach einem Gasstopp haben, dass also Millionen Haushalte tage- oder wochenlang von ihnen nicht bedient werden können. Die Handwerksbetriebe müssen diese Tatsache vertraulich behandeln, dürfen sie ihren Kunden nicht schon jetzt mitteilen, «um sie nicht zu beunruhigen». Sie sollen also unwissend bleiben, um nicht zu protestieren.

## Auch ein Blackout droht

Der von der Gasversorgung vorausgedachte Gasdruckzusammenbruch kann also tage- oder wochenlang für viele Haushalte mangels Fachhandwerk nicht behoben werden, zwingt sie also zu Notmassnahmen. Dann werden die Millionen vorhandener Elektroheizgeräte zum Einsatz kommen. Das wiederum würde zu einem Blackout des Stromnetzes führen. Dann hätten die Leute weder Gas noch Strom und auch beim Strom ebenfalls keine Aussicht auf kurzfristige Hilfe, weil es nach Erklärungen der Stromversorger nach einem bundesweiten Blackout der Stromversorgung

etwa 14 Tage brauche, um das System wieder funktionsfähig zu machen, also die Netze wieder hochzufahren.

Dann würde es zum Zusammenbruch des Verkehrs (keine Ampeln), der Wasserversorgung, zum Ende der Kühlschränke, des Einkaufs (keine Registrierkassen mehr) kommen, es gäbe kein Fernsehen, keine Aufladung von Handys sowie kein Handynetz mehr und keine Aufladung von Elektroautos.

Zur Vervollständigung hat die Regierung nun auch die Öllieferungen aus Russland zum Jahresende gekündigt und damit eine mögliche Ölkrise, Benzinkrise (zumindest in den Preisen) heraufbeschworen – natürlich aus Hass gegen Putin statt aus Vernunft.

## Ein Öko-Ziel der Grünen: die Deindustrialisierung Deutschlands

Wenn also in Deutschland Gas, Öl und Strom ausfallen und sogar die Ersatzenergie von Kohle- und Atomkraftwerken verboten worden ist, kommen wir den Öko-Zielen der Grünen immer näher. Dazu gehört auch die Deindustrialisierung Deutschlands. Würde so aller Energieverbrauch gestoppt, würden etwa 2% des Welt-CO<sub>2</sub>-Ausstosses vermieden. Allein 8% werden aber jährlich durch die von den Grünen nicht verhinderten Abholzungen des Amazonas-Urwaldes geschaffen, 30% von den USA und China und 25% von Indien. Die ganze Energiekrise in Deutschland ist es somit auch quantitativ nicht wert, kann grössten Schaden in Deutschland verursachen, aber die Welt nicht retten.

Frau Baerbock bestätigte, dass die Regierung sich um die Bevölkerung und die Wähler nicht schert, sie kümmert sich aber um die internationalen Konzerne und rettet mit über 60

Milliarden meist ausländische Energiehändler, wofür jeder Haushalt mit 2000 bis 3000 Euro bluten soll. Die Regierung hat aber für sich selbst einen Ausweg gefunden. Sie will 3000 Euro steuer- und sozialabgabenfrei machen, wenn die Betriebe ihren Mitarbeitern diese Gasmehrkosten erstatten. Also sollen die Mitarbeiter beschäftigenden Betriebe letztlich nicht nur selbst multiplizierte Gaspreise zahlen, die Inflation ausstehen, sondern zusätzlich noch für die von der Regierung bezahlten Konzerngeschenke bluten.

## Millionen mittelständischer Betriebe vor dem Aus

Mit Recht ist deshalb Unruhe im Mittelstand. Immerhin beschäftigt der Mittelstand drei Viertel der Mitarbeiter aller Wirtschaftsunternehmen. Letztlich soll also der Mittelstand mit Sonderlasten für die Fehler der Regierung büssen und, wenn er nicht mehr kann, «nicht erst Konkurs machen, sondern einfach schliessen» (Habeck).

Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen fürchtet, dass im Laufe des nächsten Jahres mehr als eine Million mittelständischer Betriebe an dieser Regierungspolitik zugrunde gehen. Das würde drei bis vier Millionen Arbeitslose bedeuten, mehrere Milliarden zusätzlicher Sozialkosten, aber ebenfalls mehrere Milliarden geringerer Steuern und Sozialabgaben.

Die Bevölkerung wird diese Entwicklung nicht so passiv wie bisher hinnehmen. Die Wut steigt bereits. Welche Aktionen daraus entstehen, hat die erste Weltwirtschaftskrise gezeigt.

## Sanktionen gegen Russland beenden!

Dabei haben AfD und Wagenknecht Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass das ganze Energiechaos sofort vermeidbar wäre, wenn Deutschland die US- und EU-Sanktionen gegen Russland beenden, also nicht mitmachen, die Gasleitung Nord Stream 2 öffnen und nach glaubwürdigen Versprechen von Putin und Gazprom sofort wieder ausreichend mit Gas und Öl versorgt würde.

Diese noch mögliche Lösung des Problems ist aber nicht mit dieser kriegslüsterigen und gegen Putin rachesüchtigen Regierung möglich, die Ideologie und Vasallentreue vor die Interessen und sogar vor die Existenz der deutschen Wähler stellt. Aber auch ein Regierungswechsel würde nicht helfen, weil die grösste Oppositionspartei (CDU) ebenfalls Krieg will und Hass gegen Russland schürt.

So werden wir sehenden Auges in den Engenotstand mit all seinen Folgen gehen und ihn ausbaden müssen.

## BDI-Präsident: «Die Substanz der Industrie ist bedroht»

Eine aktuelle Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) kommt zu dem Schluss, dass es angesichts der gestiegenen Preise für Energie und Rohstoffe für gut ein Drittel der mittelständischen Unternehmen in Deutschland um die Existenz geht. Die hohen Energiepreise und die schwächelnde Konjunktur trafen die deutsche Wirtschaft mit voller Wucht. Eine Umfrage des BDI im industriellen Mittelstand ergab, dass eine grosse Mehrheit der Unternehmen starke (58%) oder sogar existentielle (34%) Herausforderungen sieht. Der BDI-Präsident Siegfried Russwurm warnt: «Die Substanz der Industrie ist bedroht. Die Lage ist für viele Unternehmen schon jetzt oder in Kürze toxisch. Die Bundesregierung schaut zu, wie eine Fabrik nach der anderen ihre Produk-

tion schliesst. Zehn Prozent der deutschen Mittelständler sehen sich vor dem Zusammenbruch. Inzwischen zahlt die deutsche Industrie im Grosshandel für 2023 einen Gaspreis, der um den Faktor acht höher liegt als in den USA.»

Die Zahl der Insolvenzen steigt bereits jetzt spürbar. So prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, dass für 2022 mit einer Zunahme von 12 bis 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu rechnen ist.

Quellen: <https://www.business-leaders.net/deindustrialisierung-in-deutschland-angriff-auf-die-substanz-der-deutschen-industrie/>; <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/insolvenzen-was-tun-wenn-ihnen-die-zahlungsunfaehigkeit-droht/28761516.html>

## «Tiefe Besorgnis über die Verschärfung der globalen Konfrontation»

### Aufruf des Belgrader Forums



Das Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen bringt seine tiefe Besorgnis über die Verschärfung der globalen Konfrontation zum Ausdruck, die von einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise in Europa wie auch weltweit begleitet wird. Diese Krise, die sich täglich verschärft, stellt eine Bedrohung für das weltweite Leben, den Frieden und die Sicherheit dar.

Diese Sorge ist von entscheidender Bedeutung angesichts der Tatsache, dass es keine sinnvollen und ehrlichen Initiativen gibt, die dafür plädieren, von der Schiene der Konfrontation auf den notwendigen Dialog, die Diplomatie und die Entspannung umzuschwenken.

Die Lehren aus der Geschichte können nicht ignoriert werden. Ein solcher Zustand der Trägheit und des mangelnden Verständ-

nisses für die sich entfaltenden Gefahren berührt potentiell die Grundlagen der Existenz der Menschheit. Der Konflikt in der Ukraine muss gelöst werden, indem man sich mit seinen Wurzeln befasst. Friedensbemühungen dürfen nicht behindert werden, neue eiserne Vorhänge müssen entfernt werden, einseitige Sanktionen müssen aus der internationalen Praxis ausgeschlossen werden.

Ausgehend von den historischen Erfahrungen Serbiens, einschliesslich der jüngsten Vergangenheit, und den Erfahrungen Europas, appelliert das Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen an alle Friedensvereinigungen, Regierungen und internationalen Organisationen, insbesondere an die Uno, den Dialog, die Diplomatie und die Entspannung als den einzig möglichen Weg zu unterstützen, um einen glo-

balen Konflikt zu verhindern, der die Zukunft der Menschheit bedroht.

Wir fordern einen sofortigen Dialog und diplomatische Bemühungen auf höchster Ebene zwischen Washington, Moskau, Peking und Brüssel. Dabei kann es nur um eine «friedliche Koexistenz» zwischen souveränen Nationen gehen, die entschlossen sind, eine weitere Verschärfung des Konflikts zu verhindern, welche zu einem Szenario eines dritten Weltkriegs führen könnte, ohne dabei eine atomare Einäscherung der Welt auszuschliessen.

Die Anerkennung von Gleichheit, gegenseitiger Abhängigkeit und Partnerschaft bei der Wahrung von Frieden, Sicherheit und Entwicklung als unteilbarer zivilisatorischer Wert ist der einzige Weg für das Überleben und die sichere Zukunft der Menschheit.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

# Kann Deutschland genesen?

von Karl-Jürgen Müller

*Im Land geboren, aufgewachsen, Jahrzehnte lang gelebt und gearbeitet, ist es mir nicht gleichgültig, was aus Deutschland wird. Ich fühle mich dem Land nach wie vor verbunden und bin betroffen über dessen Niedergang. Auch wenn ich schon seit 15 Jahren in der Schweiz leben kann, beschäftigt mich doch nach wie vor, was in Deutschland passiert und was aus dem Land wird. Aber es gibt nicht nur persönliche Gründe dafür. Deutschlands Schicksal war und ist eng mit dem Schicksal von ganz Europa verbunden.*

Dass Deutschland, ganz gegen seine Nachkriegsvorsätze, wieder tief in einen Krieg verstrickt ist und auch die deutsche Armee, die Bundeswehr, auf Krieg in Europa getrimmt werden soll<sup>1</sup>, war nicht nur in dieser Zeitung in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder Thema. Diese katastrophale deutsche Außenpolitik korrespondiert mit besorgniserregenden inneren Entwicklungen – nicht nur im Bereich von Wirtschaft und Finanzen, sondern auch im sozialen und kulturellen Leben. Wie eng der deutsche Kriegs- und Feuilleton-Betrieb miteinander verzahnt sind, zeigte die Verleihung des diesjährigen «Friedenspreises [!] des Deutschen Buchhandels» an einen rassistisch argumentierenden literarischen Propagandisten der ukrainischen Kriegspartei.<sup>2</sup> Es geht um mehr als die Unterordnung unter die Diktate von «Diversität», «cancel culture» und *Political Correctness*. Drei weitere Beispiele aus den vergangenen zwei Wochen für den Zustand des Landes zeigen dies.

## Cannabis legal ...

Ihrem Koalitionsvertrag folgend, hat die deutsche Bundesregierung am 26. Oktober ein «Eckpunktepapier zur Einführung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken [!]<sup>3</sup>» beschlossen. Dort ist zu lesen: «Cannabis und Tetrahydrocannabinol (THC) [das ist der das Gehirn und anderes Fettgewebe besonders stark schädigende Bestandteil in Cannabis] werden künftig nicht mehr als Betäubungsmittel eingestuft. Genusscannabis, Medizinalcannabis und Nutzhanf werden vollständig aus dem Anwendungsbereich des Betäubungsmittelgesetzes ausgenommen. [...] Die Produktion, die Lieferung und der Vertrieb von Genusscannabis werden innerhalb eines lizenzierten und staatlich kontrollierten Rahmens zugelassen [die Regierung denkt an Handelsorte wie «Coffeeshops» und Apotheken, obwohl sich Apothekerverbände deutlich von den Plänen der Regierung distanzieren haben]. Der Erwerb und der Besitz bis zu einer Höchstmenge von 20 bis 30 Gramm Genusscannabis [das ist recht viel] zum Eigenkonsum im privaten und öffentlichen Raum [!] werden straffrei ermög-

«Geschichte wiederholt sich nicht, die Deutschen von heute können nicht wie die Deutschen von damals sein. Aber auch heute gibt es Menschen, Persönlichkeiten in Deutschland, denen es nicht um Macht und Reichtum, sondern um ihre Mitbürger, ihre Mitmenschen geht. Menschen, denen das Schicksal ihres Landes nicht gleichgültig ist.»

licht; privater Eigenanbau wird im begrenzten Umfang [es ist von drei Pflanzen pro Person die Rede] erlaubt. [...] Als Mindestalter für den Verkauf und den Erwerb von Genusscannabis wird die Vollendung des 18. Lebensjahres des Erwerbers festgelegt. [...] Umsätze aus Verkäufen von Genusscannabis sollen der Umsatzsteuer unterliegen. Daneben ist die Einführung einer besonderen Verbrauchssteuer («Cannabissteuer») vorgesehen.» Schon diese wenigen Sätze eröffnen einen Einblick in eine schöne neue rot-gelb-grüne Drogenwelt voll Orwellschen Neusprechs. Dass aus dem Rauschgift Cannabis «Genusscannabis» werden soll, ist nur ein Beispiel dafür.

Die Logik des Versuchs, Rauschgiftprobleme dadurch zu lösen, dass Rauschgifte leichter zugänglich sind und rechtliche Sanktionen aufgehoben werden, erschliesst sich bis heute nicht. Allein das Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung wird die gewöhnliche Kiffer-Mentalität beflügeln und mit Sicherheit noch mehr Drogenopfer zur Folge haben. Was das insbesondere für junge Menschen bedeutet, muss hier nicht ausgemalt werden. Ein Beitrag zur Förderung gemeinschaftlich orientierter jugendlicher Beziehungsgestaltung und jugendlicher Leistungsbereitschaft und -fähigkeit ist es sicher nicht. Da klingt die Formulierung im Eckpunktepapier, man «verfolge das Ziel, zu einem verbesserten Jugendschutz und Gesundheitsschutz für Konsumentinnen und Konsumenten [...] beizutragen», wie Hohn.

## ... und Bildung auf dem Abstieg

Am 19. Oktober wurde berichtet, dass 20 Prozent der Viertklässler in Deutschland nicht einmal die Mindestanforderungen beim Lesen, in der Rechtschreibung und in der Mathematik erreichen. Die Grundschüler wurden 2021 getestet, und die Ergebnisse sind nochmals signifikant schlechter als die von 2016, die wiederum signifikant schlechter waren als die von 2011. Heike Schmoll von der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» kommentierte am 19. Oktober zu Recht: «Schon am Ende neuer Grundschulzeit werden diese Kinder um ihre Zukunft gebracht.» Sie brachte damit zum Ausdruck, dass dieser schlechte Bildungsstand das Resultat aktiver bildungspolitischer Versäumnisse und Fehlentscheidungen ist.

## Nicht zu schade, den Namen von Hannah Arendt zu missbrauchen

Am 14. Oktober verkündete das deutsche Außenministerium mit einer Pressemitteilung: «Aussenministerin Baerbock und Kulturstaatsministerin Roth rufen mit der *Hannah-Arendt-Initiative* ein Schutzprogramm für Journalistinnen und Journalisten ins Leben.» Das Erstaunen darüber, dass etwas für eigenständig denkende Journalisten getan werden soll, die in den vergangenen Jahren der Gleichschaltung in der deutschen Medienwelt, den zunehmenden Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Deutschland<sup>4</sup> und der Ausgrenzung zum Opfer gefallen sind, währt indes nur kurz. Denn um diese Menschen, von denen zum Beispiel im Buch «Zensur»<sup>5</sup> von Hannes Hofbauer ausführlich die Rede ist, geht es gar nicht.

Statt dessen ist diese Initiative Bestandteil der deutschen Kriegsführung und des Informationskrieges gegen Russland und andere nicht genehme Staaten, und Frau Baerbock und Frau Roth, beide von *Bündnis 90/Die Grünen*, sind sich dabei nicht einmal zu schade, eine Persönlichkeit wie Hannah Arendt für ihre Zwecke zu missbrauchen. Wo bleibt der Protest allerer, die das Leben und Werk von Hannah Arendt und ihren Einsatz gegen totalitäres Denken durchdrungen und gewürdigt haben? Ein totalitäres Denken und Handeln, das leider auch im heutigen Deutschland um sich greift.

## Kann Deutschland trotzdem genesen?

Dem deutschen Widerstand in den Jahren ab 1933 ist es nicht gelungen, die totalitäre Machtausdehnung und den Unrechtsstaat der Nationalsozialisten zu verhindern. Auch die deutschen Verbrechen und die zig Millionen Opfer des Krieges konnten nicht verhindert werden. Deutschland musste militärisch niedergedrungen werden. Eine Tragödie! Aber die verschiedenen Widerstandsgruppen haben etwas für die Zeit nach dem Spuk geleistet. Sie waren sittliche Vorbilder, haben geistige und moralische Grundlagen für ein neues Deutschland nach dem Krieg gelegt.

Peter Bucher hat 1990 im Rahmen der Quellensammlung der *Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt* Stimmen und Dokumente aus Nachkriegsdeutschland der

Jahre 1945–1949 auf fast 500 Buchseiten zusammengestellt. Es lohnt sich auch heute wieder, diese Texte zu lesen. Hier kommen Persönlichkeiten und Vereinigungen zu Wort, die nicht erst am Kriegsende begonnen haben nachzudenken, sondern zahlreiche Bezüge zum deutschen Widerstand in den Jahren 1933–1945 hatten. Die Weltanschauungen und politischen Positionen waren sehr unterschiedlich und auch kontrovers. Aber aus fast allen Texten scheint die Besinnung auf eine fundierte politische Ethik, die Abwendung vom reinen Machtdenken und der Respekt vor der Menschwürde durch.

Geschichte wiederholt sich nicht, die Deutschen von heute können nicht wie die Deutschen von damals sein. Aber auch heute gibt es Menschen, Persönlichkeiten in Deutschland, denen es nicht um Macht und Reichtum, sondern um ihre Mitbürger, ihre Mitmenschen geht. Menschen, denen das Schicksal ihres Landes nicht gleichgültig ist. Wenn sich diese Persönlichkeiten an die Arbeit machen, vielleicht noch ein wenig mehr als bislang schon und auch noch etwas mehr im Miteinander – über die Unterschiede hinweg mit Konzentration auf die Gemeinsamkeiten –, dann kann Deutschland genesen und der Spuk ein Ende finden. •

<sup>1</sup> vgl. «Zeitenwende in den Köpfen»; <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9060> vom 21.10.2022

<sup>2</sup> vgl. «Die Russen sind Unrat»: Pamphlet erhält den Friedenspreis des Buchhandels»; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=89603> vom 24.10.2022

<sup>3</sup> [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/Gesetze\\_und\\_Verordnungen/GuV/C/Kabinetttvorlage\\_Eckpunktepapier\\_Abgabe\\_Cannabis.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/C/Kabinetttvorlage_Eckpunktepapier_Abgabe_Cannabis.pdf)

<sup>4</sup> vgl. hierzu auch verschiedene Links zur aktuellen Verschärfung des deutschen Strafrechts (Paragraf 130, Absatz 5 StGB) mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Oktober 2022: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-de-bundeszentralregister-915600>; <https://www.anti-spiegel.ru/2022/still-und-heimlich-eingefuehrt-das-ende-der-meinungsfreiheit-in-deutschland/>; <https://www.jungwelt.de/artikel/437430.justiz-und-grundrechte-enger-meinungskorridor.html>; <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/volksverhetzung-voelkermord-kriegsverbrechen-groeblich-verharmlosen-billigen-leugnen-130-stgb-holocaust/>; <https://www.nzz.ch/international/leugnung-von-kriegsverbrechen-deutschland-verschaerft-das-strafrecht-ld.1709118?reduced=true>; <https://www.tagesspiegel.de/politik/aufregung-um-verschaerften-volksverhetzungsparagrafen-weitreichender-eingriff-oder-blosse-formalie-8805754.html>; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=89655>; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=89732>; [https://rtde.live/kurzclips/video/152733-hannes-hofbauer-zur-anderung-von/?utm\\_source=Newsletter&utm\\_medium=Email&utm\\_campaign=Email](https://rtde.live/kurzclips/video/152733-hannes-hofbauer-zur-anderung-von/?utm_source=Newsletter&utm_medium=Email&utm_campaign=Email)

<sup>5</sup> vgl. die Buchbesprechung in *Zeit-Fragen* Nr. 14 vom 28.6.2022

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung,  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*  
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:  
*Zeit-Fragen*, Postfach 247  
CH-9602 Bazenhaid  
E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)  
[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)

Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG  
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–  
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.  
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4  
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW  
IBAN DE18 6406 1854 0067 517005  
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B  
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen*, Bazenhaid.

## Ein neues politisches Format für Europa

### Die «Europäische Politische Gemeinschaft» EPG

ds. Am 6. Oktober gründeten 43 europäische Länder in Prag die «Europäische Politische Gemeinschaft» EPG. Nicht nur die Staats- und Regierungschefs der EU, sondern auch die Spitzenvertreter aus 17 anderen Ländern, von Island bis zur Türkei, von Albanien bis Armenien, haben sich in Prag getroffen, um über neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu sprechen. Die Schweiz war durch ihren Bundespräsidenten Ignazio Cassis vertreten.

«Ein Europa-Gipfel der Extraklasse», schreibt die «Neue Zürcher Zeitung» am 7. Oktober. Und im folgenden Interview legt die deutsche Politologin Daniela Schwarzer von den *Open Society Foundations* – eine Gruppe von Stiftungen des amerikanischen Milliardärs George Soros mit Sitz in New York – dar, was es mit der EPG auf sich hat. Frau Schwarzer ist seit Mai des letzten Jahres Geschäftsführerin für die Bereiche Europa und Eurasien.

Sie spricht von einer Plattform, die allen Staaten in Europa offensteht. Es könnten auch Länder mitmachen, die nicht in die EU aufgenommen werden möchten. Es gehe nicht um wirtschaftliche Integration, sondern um Bereiche wie kollektive Sicherheit und Energie. «Wir haben die Chance», fährt sie fort, «ein geopolitisches Dialogforum für den

ganzen Kontinent zu schaffen, das so noch nicht existiert». Die Herausforderung dabei sei, «eine gemeinsame politische Grundausrichtung zu finden. Vor allem im Konflikt mit Russland». Die EPG ist für sie sowohl eine Brücke als auch eine Alternative zur EU.

Für die Organisation reiche am Anfang, solange es noch keine harte Rechtsgrundlage gäbe, eine informelle Zusammenarbeit der Staaten. Aber je weiter diese Gemeinschaft tatsächlich konkrete politische Beschlüsse fälle, desto wichtiger werde es, entweder ein Sekretariat zu schaffen oder sich Kapazitäten bei existierenden Organisationen zu entleihen. «Hier würde wohl die EU ins Spiel kommen, die ja schon jetzt im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik Leistungen für Nicht-EU-Staaten» erbringe.

Um überhaupt voranzukommen, müsse die Gemeinschaft flexibel aufgebaut werden. Das heisst für sie, in Untergruppen zu arbeiten und mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden, damit kein einziger Staat die anderen daran hindern könne, weiterzugehen. Die Zusammenarbeit müsse so strukturiert werden, dass Gruppen williger Staaten vorangehen könnten.

Wo soll die Reise denn hingehen? •

## «You can't fool all the people all the time»

Man kann nicht alle Menschen auf Dauer zum Narren halten, soll der Amerikaner Abraham Lincoln gesagt haben.

Dass die USA seit ihrem Bestehen ohne Rücksicht ihre Macht ausgebaut haben, ist fühlbar unbestritten.

Der Unterschied zwischen der «westlichen» und der restlichen Welt liegt in der unterschiedlichen Bewertung dieser Tatsache.

Das lässt sich am Verhalten der Regierungen erkennen, die nicht im Interesse ihrer Völker handeln.

Die «westliche Welt» hält zu den USA nicht aus Freundschaft, sondern weil und solange sich ihre Eliten dieser Führerschaft unterziehen und sich der erpresserischen Gewalt nicht entziehen können.

Mit anderen Worten: Dieses «Bündnis» – wie es sich nennt – ist ein *Latrocinium*, eine Gang, weil das Faustrecht gilt.

Darin zeigt sich ein gravierender Mangel an Demokratie: Solange die offiziellen Medien – als vierte Gewalt im Staat – ihre Aufgabe nicht richtig erfüllen, kann von informierter Zustimmung der Bürger keine Rede sein.

Die Einsicht des Abraham Lincoln ist längst Allgemeingut geworden.

Urs Graf

# Zum Buch «Integration, Separation, Kooperation. Ein Beitrag aus heilpädagogischer Sicht»

von Marianne Wüthrich



Ob die Integration in eine Regelklasse für jedes Kind die menschlich und pädagogisch beste Lösung ist, wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Es ist wohlthuend, mit dem vorliegenden Buch von *Riccardo Bonfranchi, Renate Dünki und Eliane Perret* einen Einblick aus heilpädagogischer Sicht zu bekommen, der das Kind und sein Recht auf Bildung und soziale Teilhabe ins Zentrum stellt. Es richtet sich nicht nur an Eltern und ausgebildete oder werdende Heilpädagogen, sondern auch an Lehrerinnen und Lehrer in Regelschulen sowie interessierte Bürger, und nicht zuletzt auch an Bildungsverantwortliche.

Ein Blick in die Geschichte der Sonder- und Heilpädagogik lässt erkennen, dass zunächst Einzelne sich für eine Bildung für alle einsetzten und Schulen auch für Kinder und Jugendliche einrichteten, für die sich die damalige Pädagogik nicht zuständig sah (z. B. Blindenschulen). Nach dieser historischen Einführung, die auch auf den Blickwechsel heutiger Ausbildung eingeht, folgt eine kurze rechtliche Einordnung. Sie greift internationale Konventionen, ihre Auslegung und rechtliche Umsetzung auf. Darauf aufbauend lernt der Leser anhand vieler anschaulicher Fallbeispiele Kinder mit unterschiedlichen kognitiven Beeinträchtigungen kennen und erhält einen Eindruck von der anspruchsvollen täglichen Arbeit heilpädagogischer Fachleute. Ein «Zwischenhalt» am Ende der einzelnen Kapitel erleichtert das Verständnis der dargelegten pädagogischen und sozialen Zusammenhänge.

## Zwei wichtige rechtliche Aspekte

Als Juristin möchte ich zwei wichtige rechtliche Aspekte herausgreifen:

- Die «Schule für alle» im Sinne der entsprechenden internationalen Konventionen meint nicht, dass alle Kinder gemeinsam beschult werden müssen, sondern dass jedes behinderte Kind das Recht auf eine seinen Möglichkeiten entsprechende Bildung hat – was in ärmeren Ländern leider oft nicht die Regel ist (S. 22f.).
- Nach schweizerischem Recht beziehungsweise den Schulgesetzen der meisten Kantone ist die Einrichtung von Kleinklassen möglich und sollte nicht aus dogmatischen

oder finanziellen Erwägungen abgelehnt werden, wenn sie für eine adäquate Schulung von Kindern mit Behinderung oder schweren Verhaltensauffälligkeiten sinnvoll wäre (S. 23f.).

Die Autoren halten fest, dass die Förderung eines kognitiv beeinträchtigten Kindes oder Jugendlichen in einer Kleinklasse oder einer Heilpädagogischen Schule oft «professioneller und deshalb gezielter möglich ist». Auch weisen sie das häufig angeführte Argument eines besseren sozialen Zugehörigkeitsgefühls des behinderten Kindes in der Regelklasse entschieden zurück, denn der ständige Vergleich wirke sich vielmehr schwächend auf die Persönlichkeit des Kindes aus, bagatellisiere seine Problematik und verletze es in seiner Würde (Zwischenhalt, S. 33). Anhand von sehr ansprechenden Lernsituationen wird gezeigt, wie in der heilpädagogischen Praxis «die Themen sorgfältig strukturiert, anschaulich, handlungsorientiert und verknüpft mit dem jeweiligen Erfahrungshintergrund vermittelt werden» (Zwischenhalt, S. 42). Der Klassenlehrerin in einer Regelklasse fehlt dafür allein schon die notwendige Zeit.

## Befähigung zu einem möglichst selbstbestimmten Leben – eine gemeinsame Aufgabe für Eltern und Schule

In Kapitel 5 geht es um die grosse Bedeutung der bündigen Zusammenarbeit zwischen Eltern und Heilpädagogen für eine positive Entwicklung des Kindes. Am Beispiel eines Kindes mit einem Downsyndrom wird die schwierige Lage der Eltern thematisiert, die sich für die Regelschule oder eine Heilpädagogische Schule entscheiden müssen. Die Autoren zeigen grosses Verständnis dafür, dass viele Eltern sich von der Integration in die Regelschule eine «normalere» Entwicklung ihres Kindes erhoffen. Aus diesem Grund entschliessen sich manche erst nach mehreren Jahren zum Wechsel in eine Heilpädagogische Schule, was die gedeihliche Entwicklung im Einzelfall erschweren oder verzögern kann. Im vorliegenden Fall wurde das Kind im Regelkindergarten zwar sehr liebevoll behandelt, erhielt aber die notwendige Förderung nicht, sondern gewöhnte sich daran, dass ihm von der Kindergärtnerin und seinen Gspänli vieles abgenommen wurde. In der Heilpädagogischen Schule erhielt es dann eine «auf die Achtung seiner besonde-

ren Bedürfnisse eingerichtete Schulung» und machte bald die ersten Fortschritte.

Ein essentielles Ziel der Bildung ist – wie für alle Jugendlichen – auch für kognitiv beeinträchtigte junge Menschen die Fähigkeit, ihr Leben als Erwachsene so gut wie möglich selbstbestimmt führen zu können. Die Autoren zeigen an differenzierten Fallbeispielen, wie junge Menschen angeleitet werden, sich im Alltag, zum Beispiel im öV, zurechtzufinden, und wie anspruchsvoll die Berufsvorbereitung und -vermittlung sein kann. Wenn es nicht möglich ist, auf dem regulären Stellenmarkt etwas Geeignetes zu finden, gibt es in der Schweiz auch viele Ausbildungsplätze in einem geschützten Rahmen. Damit der Übergang zu einem selbstbestimmten Erwachsenenleben gelingen kann, ist ein frühzeitiger Beginn einer adäquaten Schulbildung aber unerlässlich. Im «Zwischenhalt» auf Seite 76/77 kritisieren die Autoren, dass es für sogenannte «Hochbegabte» zunehmend besondere Förderangebote gibt, während – vor allem auf der Primarschulstufe – Kleinklassen und spezialisierte Förderschulen für Kinder mit Behinderungen geschlossen werden. Wo bleibt die Respektierung der «Gleichwertigkeit» aller Kinder?

## Kooperation oder teilweise Integration statt Inklusion

Schliesslich greifen die Autoren auch andere Schulformen auf, die für alle beteiligten Kinder eine Bereicherung sein können: «Die Frage stellt sich, ob es nicht Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten und Begegnungen geben könnte. Denn das Anliegen, Menschen mit und ohne Behinderung miteinander in Kontakt zu bringen, ist sinnvoll und muss gefördert werden.» (S. 79) Die beiden Fallbeispiele dazu zeigen, dass gemeinsame Projekte oder das stundenweise Dabeisein eines Kindes mit besonderen Bedürfnissen in einer Regelklasse seines Wohnortes eine gefreute Sache werden können. Es versteht sich von selbst, dass das Gelingen gemeinsamer Projekte in erster Linie vom Engagement der beteiligten Lehrerteams abhängt. «Kooperations- und Teilintegrationsprojekte stellen hohe menschliche Anforderungen. Sie können deshalb nicht verordnet werden!» So die Autoren (S. 82). Es ist jedenfalls lohnenswert, solche zielführenden Ansätze weiterzudenken.



ISBN 978-3-7639-7159-6

## Kinder mit Verhaltens- oder Lernproblemen besser verstehen

Unter diesem Titel greift das Autorenteam auch diese grosse Gruppe von Kindern auf, die häufig als Hauptverantwortliche für die Störung der Bedürfnisse der «normalen» Schüler wahrgenommen werden. Die Autoren betrachten die Probleme hingegen aus dem Blickwinkel der sogenannten «Störenfriedes», die in den Integrationsklassen oft zu kurz kommen, weil sie nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. Denn sie brauchen eine ruhige Lernumgebung und einen klar strukturierten Unterricht, vor allem aber eine «enge, haltgebende Beziehung zu ihrer Lehrerin» (S. 87). Auch für diese Kinder kann die adäquate Förderung in einer Kleinklasse der bessere Weg sein. Es darf aber nie darum gehen, sogenannte Störer zu separieren, um das «Problem wegzuschaffen». Als zukunftsweisendes Modell nennen die Autoren die gelebte Kooperation einer Sonderschule und einer Regelklasse im selben Schulhaus (S. 89ff.).

«Integration, Separation, Kooperation» ist ein wissenschaftlich fundiertes und einer heilpädagogischen Ethik verpflichtetes Fachbuch, das auch für Nicht-Fachleute sehr informativ ist. Die Autoren scheuen sich nicht, gängige Vorurteile und Fehlentwicklungen der Schulreformen beim Namen zu nennen. Dabei gehen sie immer vom Kind aus. •

# Wenn das Eigentliche zur Nebensache verkommt Der Kern der Schule ist gefährdet

von Carl Bossard



Carl Bossard ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Davor war er als Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern tätig. Heute begleitet er Schulen und leitet Weiterbildungskurse. Er beschäftigt sich mit schulgeschichtlichen und bildungspolitischen Fragen. [www.carlbossard.ch](http://www.carlbossard.ch)

Jeder junge Mensch hat nur eine Bildungsbiographie. Darum ist es so entscheidend, wer im Schulzimmer steht – und wie diese Person wirkt. Erfahren hat das auch *Peter Bichsel*, später selber Lehrer. Er erzählt: «Ich hatte in der 5. und 6. Klasse in Olten einen wunderbaren Primarlehrer: Er hat mich von mir selber überzeugt, mich zum Schriftsteller gemacht. Weil er unter dem ganzen Schlamassel von Rechtschreibbefehlern entdeckt hat, dass ich gute Aufsätze schreibe. Ich habe ihn geliebt.»

«Es ist der Kern jeder Schule: der Dreiklang zwischen Lehrperson – Schulkindern – Unterrichtsinhalt. In diesem Dreieck vollziehen sich die individuellen und sozialen Lern- und Bildungsprozesse.»

Die jungen Menschen zu sich selbst und sie aus sich heraus zu ihren Möglichkeiten führen, beispielsweise zum Schreiben, wie das Bichsels Lehrer getan hat. Darin liegt die zentrale Aufgabe der Schule. Wer hier hineinzoomt, entdeckt ein pädagogisches Dreieck. Es ist der Kern jeder Schule: der Dreiklang zwischen Lehrperson – Schulkindern – Unterrichtsinhalt. In diesem Dreieck vollziehen sich die individuellen und sozialen Lern- und Bildungsprozesse.

An diesen Resonanzraum erinnert der französische Literaturnobelpreisträger *Albert Camus* im Buch «Le Premier Homme». Mit der Figur «Der erste Mensch» meint er seinen Primarlehrer. Ihm verdankt er alles. Camus wächst im damaligen französischen Algerien auf. In ärmlichen Lebensverhältnissen. Die Schule führt ihn in eine andere Welt. Von seinem Lehrer sagt Camus: Er sei «aus dem einfachen Grund, dass er seinen Beruf leidenschaftlich liebte, ständig interessant» gewesen. In seiner Klasse fühlten die Kinder «zum ersten Mal, dass sie existierten und Gegenstand höchster Achtung waren: Man hielt sie für würdig, die Welt zu entdecken.»

Camus skizziert das pädagogische Dreieck des schulischen Alltags. Hier ereignet sich das A und O von Schule und Unterricht, die Grundbildung als Basis für alles weitere Lernen. Hier werden beispielsweise die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen aufgebaut. Dazu gehören das Verstehen und Konsolidieren, das Festigen und Üben von Wissen und Können, das Anwenden des Gelernten und das Zusammenspiel dieser Teilprozesse mit all den vielfältigen Verknüpfungen im aktivierten Gedächtnis. Es sind die Kernprozesse des Lernens.

Doch der Wesenskern der Schule ist gefährdet durch die bildungspolitische Flucht aus dem pädagogischen Dreieck in die Strukturereformen. Die Schule hat eine Kaskade von Top-down-Innovationen erlebt: zusätzliche Fächer mit den zwei Fremdsprachen Frühenglisch und Frühfranzösisch in der Primarschule, das ganze Qualitätsmanagement, altersdurchmisches oder jahrgangsübergreifendes Lernen, der *Lehrplan 21* mit den eng gerasterten Kompetenzen und ihren Kontrollen, die Integrative Schule mit dem Ziel der Inklusion und den vielen Absprachen zwischen den zuständigen Personen. Das alles braucht mehr Vorga-

ben und Vorschriften von oben, mehr Direktiven aus der Bildungsbürokratie.

Manches ist dazugekommen – weggenommen wurde wenig. Die Folgen sind spürbar: Druck und Hektik steigen, Verweilen und Vertiefen nehmen ab. Viele Dinge können nur noch flüchtig gestreift werden. Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung und bleiben Bruchstück. Zu vieles muss in zu kurzer Zeit erarbeitet werden – und zwar von den Kindern selber. Eigenverantwortet und selbstgesteuert. Lernschwächere und mittelmässige Schüler sind benachteiligt. Das zeigt die Unterrichtsforschung. Darum erstaunt es nicht, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Wenn sie diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeeinstitute dahinter.

Albert Camus führt uns zum Kern der Schule, zu den Mikroprozessen des Lernens. Seine Lebensgeschichte veranschaulicht, wie zentral sie für die Kinder sind. Am Tag der Nobelpreis-Übergabe schreibt er seinem Lehrer: «Ohne Sie, ohne Ihre liebevolle Hand, die Sie dem armen kleinen Kind, das ich war, gereicht haben, ohne Ihre Unterweisung und Ihr Beispiel wäre nichts von alledem geschehen.» Das tönt wie eine Rückbesinnung auf das pädagogische Dreieck. •

Erstveröffentlichung: CH-Media vom 12.10.2022